

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2002/C 242/01	Euro-Wechselkurs	1
2002/C 242/02	Staatliche Beihilfe — Italien — Beihilfe C 45/2002 (ex N 428/2000) — Region Sizilien: Beschäftigungsbeihilfen (Verlängerung des Regionalgesetzes Nr. 30/1997) — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	2
2002/C 242/03	Staatliche Beihilfe — Italien — Beihilfe C 52/2002 (ex N 833/2001) — Provinzialgesetz Nr. 6/99 „Besondere Vorschriften für den Verkehrssektor“ (Autonome Region Trient-Südtirol) — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	8
2002/C 242/04	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden	15
2002/C 242/05	Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren bestimmter kornorientierter Elektrobleche mit Ursprung in Russland	16
2002/C 242/06	Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 2002/40/EG des Rates ⁽¹⁾	17
2002/C 242/07	Mitteilung über das Außerkrafttreten bestimmter Antidumpingmaßnahmen	18
	Europäische Stiftung für Berufsbildung	
2002/C 242/08	Europäische Stiftung nimmt Kodex für gute Verwaltungspraxis an	19

Informationsnummer

Inhalt (Fortsetzung)

Seite

II *Vorbereitende Rechtsakte in Anwendung von Titel VI des Vertrags über die Europäische Union*

2002/C 242/09

Initiative des Königreichs Belgien im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses des Rates über die Einrichtung eines Europäischen Netzes nationaler Kontaktstellen für opferorientierte Justiz 20

III *Bekanntmachungen*

Kommission

2002/C 242/10

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft) 24

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

7. Oktober 2002

(2002/C 242/01)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	0,9808	LVL	Lettischer Lat	0,593
JPY	Japanischer Yen	121,84	MTL	Maltesische Lira	0,4124
DKK	Dänische Krone	7,4273	PLN	Polnischer Zloty	4,0784
GBP	Pfund Sterling	0,6265	ROL	Rumänischer Leu	32378
SEK	Schwedische Krone	9,0918	SIT	Slowenischer Tolar	228,52
CHF	Schweizer Franken	1,4621	SKK	Slowakische Krone	41,926
ISK	Isländische Krone	85,36	TRL	Türkische Lira	1612000
NOK	Norwegische Krone	7,2885	AUD	Australischer Dollar	1,7832
BGN	Bulgarischer Lew	1,9462	CAD	Kanadischer Dollar	1,5608
CYP	Zypern-Pfund	0,57277	HKD	Hongkong-Dollar	7,65
CZK	Tschechische Krone	30,287	NZD	Neuseeländischer Dollar	2,0268
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	1,7578
HUF	Ungarischer Forint	244,53	KRW	Südkoreanischer Won	1211,97
LTL	Litauischer Litas	3,453	ZAR	Südafrikanischer Rand	10,2248

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN

Beihilfe C 45/2002 (ex N 428/2000) — Region Sizilien: Beschäftigungsbeihilfen (Verlängerung des Regionalgesetzes Nr. 30/1997)**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 242/02)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission hat beschlossen, keine Einwände gegen bestimmte andere im nachfolgenden Schreiben beschriebene Beihilfen zu erheben.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion Staatliche Beihilfen I
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

I. Verfahren

Mit Schreiben Nr. 7666 vom 26. Juni 2000 (A/35346 vom 29.6.2000) haben die italienischen Behörden gemäß Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag die Verlängerung für den Zeitraum 2000 bis 2006 und die Änderung der Beschäftigungsbeihilferegelung N 692/1997, die von der Kommission am 25. Februar 1998 genehmigt worden war, angemeldet, da die Regelung vor ihrem Inkrafttreten der Genehmigung nach Maßgabe der Artikel 87 ff. EG-Vertrag bedarf. Das Vorhaben wurde als angemeldete Beihilfe unter der Nummer N 428/2000 registriert. Mit Schreiben vom 31. August 2000, 30. März 2001, 28. Mai 2001, 16. November 2001 und 7. Februar 2002 bat die Kommission um zusätzliche Auskünfte. Die italienischen Behörden haben mit Schreiben vom 8. Februar 2001, 27. März 2001, 19. September 2001, 3. Oktober 2001, 22. Januar 2001, 18. April 2002 und 29. April 2002 geantwortet. Am 16. Januar 2002 fand ein Treffen zwischen den italienischen Behörden und den Dienststellen der Kommission in Brüssel statt.

II. Beschreibung der Maßnahme, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet

Durch die Regelung sollen in Sizilien, einer Region mit einem außergewöhnlich niedrigen Lebensstandard und einer erheblichen Unterbeschäftigung, Arbeitsplätze geschaffen werden.

Rechtsgrundlage ist das Regionalgesetz Nr. 30/1997; der Anwendungsbereich der Regelung wird durch Artikel 9 Absatz 3

des Regionalgesetzes Nr. 24/2000 und Artikel 6 des Regionalgesetzes Nr. 17/2001 ausgeweitet; durch das Regionalgesetz Nr. 9/2000 wird das Gesetz Nr. 30/1997 für das Jahr 2000 verlängert; durch Artikel 18 Absatz 1 des Regionalgesetzes Nr. 32/2000 wird das Regionalgesetz Nr. 30/1997 für den Zeitraum 2001 bis 2006 verlängert.

Die Laufzeit der Regelung endet am 31. Dezember 2006. Die Haushaltsmittel belaufen sich insgesamt auf ca. 554 Mio. EUR.

In Sizilien tätige Unternehmen aller Wirtschaftszweige mit Ausnahme der Stahlindustrie, die bestimmte Arbeitnehmergruppen unbefristet einstellen, können Leistungen im Rahmen der Regelung erhalten. Durch die Regelung sollen Arbeitsplätze geschaffen werden. Sie besteht aus zwei Teilen: einem Teil A, der die nicht investitionsgebundene Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft, und einem Teil B, der die investitionsgebundene Schaffung von Arbeitsplätzen betrifft. Die Beihilfen werden in Form einer vollständigen Befreiung von den Sozialabgaben für einen Zeitraum von höchstens sechs Jahren gewährt, wenn eine der folgenden Arbeitnehmergruppen eingestellt wird: Lehrlinge, auszubildende Arbeitslose, Langzeitarbeitslose (mehr als 24 Monate), sonstige Arbeitslose, Behinderte und Drogenabhängige nach erfolgreichem Entzug, auf Mobilitätslisten stehende Arbeitnehmer und Arbeitnehmer, die sich seit mindestens 24 Monaten in einer „Cassa integrazione“ befinden. Die gleichen Beihilfen sind auch vorgesehen für die Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse in unbefristete Arbeitsverhältnisse und die Umwandlung von befristeten Ausbildungs- und Arbeitsverträgen in unbefristete Verträge.

III. Würdigung der Maßnahme

Die fragliche Maßnahme stellt eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag dar, da sie den Begünstigten durch den Eingriff des Staates einen Vorteil verschafft, der Auswirkungen auf den Wettbewerb hat und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann. Die Kommission hat zu prüfen, ob auf die fragliche Regelung eine der in Artikel 87 Absatz 3 Buchstaben a) und c) vorgesehenen Freistellungen Anwendung findet.

Da es sich um der Schaffung von Arbeitsplätzen dienende Beihilfen handelt, die mit einer Investition⁽¹⁾ verbunden sein können oder nicht, prüft die Kommission, ob sie unter die Freistellungen gemäß Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe a) und c) EG-Vertrag fallen können.

Teil A: nicht investitionsgebundene Beschäftigungsbeihilfen

Nach Ansicht der Kommission ist dieser Teil der Regelung mit den Leitlinien für Beschäftigungsbeihilfen vereinbar. Sie weist die italienischen Behörden jedoch darauf hin, dass die genannten Leitlinien derzeit überprüft werden. Im Rahmen dieser Überprüfung könnte die Kommission den italienischen Behörden zweckdienliche Maßnahmen für alle bereits genehmigten Regelungen und alle Regelungen, die bis zu dieser Überprüfung genehmigt werden, vorschlagen.

Teil B: investitionsgebundene Beschäftigungsbeihilfen

Da es sich um Beschäftigungsbeihilfen handelt, ist dieser Teil der Regelung nach den Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und den Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an KMU zu prüfen, sowie — für den Bereich der Landwirtschaft — nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen in der Landwirtschaft und — für den Bereich der Fischerei und Aquakultur — nach den Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor.

Die Kommission hat nach ihrem derzeitigen Erkenntnisstand Zweifel, dass die in der Regelung vorgesehenen Beschäftigungsbeihilfen ausschließlich der Schaffung von an eine Erstinvestition gebundenen Arbeitsplätzen im Sinne von Ziffer 4.11 bis 4.14 der Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und des Artikels 2 Buchstabe c) der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 dienen.

Sie bezweifelt auch, dass die Intensität der Beihilfen dieser Regelung, die im Verhältnis zu allen in der Bemessungsgrundlage gemäß Ziffer 4.13 der Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung erfassten Aufwendungen berechnet werden kann, die in der italienischen Fördergebietskarte für den Zeit-

raum 2000 bis 2006 für die Region Sizilien vorgesehenen Grenzen einhält (35 % NSÄ + 15 % BSÄ für KMU).

Überdies bezweifelt die Kommission, dass die in Ziffer 4.18 bis 4.21 der Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und in Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 vorgesehenen Kumulierungsvorschriften eingehalten werden.

Darüber hinaus kann die Kommission nicht feststellen, dass das Kriterium der Notwendigkeit der Beihilfe nach Ziffer 4.2 der Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 erfüllt ist.

Die Kommission verfügt auch noch nicht über ausreichende Angaben, um beurteilen zu können, ob die Investitionsbeihilfen im Bereich der Landwirtschaft mit den Ziffern 4.1 und 4.2 der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen in der Landwirtschaft und im Bereich der Fischerei und der Aquakultur mit den einschlägigen Bestimmungen der Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor vereinbar sind.

Schließlich bezweifelt die Kommission, dass der Beitrag des Beihilfeempfängers zu ihrer Finanzierung, um zu gewährleisten, dass die produktiven Investitionen rentabel und gesund sind, gemäß Ziffer 4.2 der Leitlinien für Beihilfen mit regionaler Zielsetzung und Artikel 4 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 mindestens 25 % beträgt.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Con la presente lettera, la Commissione si pregia di informare l'Italia che, dopo aver esaminato le informazioni fornite dalle autorità del Suo paese sull'aiuto in oggetto, ha deciso di avviare il procedimento previsto dall'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE nei confronti della parte del regime notificato che prevede aiuti alla creazione di posti di lavoro connessi a un investimento e di non sollevare obiezioni nei confronti della parte del regime che prevede aiuti alla creazione di posti di lavoro non connessi a un investimento.

I. Procedimento

1. Con lettera del 26 giugno 2000 n. 7666 (A/35346 del 29 giugno 2000), le autorità italiane hanno notificato, conformemente all'articolo 88, paragrafo 3, del trattato, il rifinanziamento, per il periodo 2000-2006, e le modifiche del regime di aiuti all'occupazione N 692/97, approvato dalla Commissione il 25 febbraio 1998⁽²⁾.

2. Dal momento che la sua entrata in vigore era subordinata all'approvazione preventiva ai sensi dell'articolo 87 e successivi del trattato, il regime è stato iscritto nel registro degli aiuti notificati con il numero N 428/2000.

⁽¹⁾ Nach Ziffer 4.11 der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (Abl. C 74 vom 10.3.1998) wird davon ausgegangen, dass ein Arbeitsplatz investitionsgebunden ist, wenn er eine Tätigkeit betrifft, auf die sich die Investition bezieht, und in den ersten drei Jahren nach Abschluss der Investition geschaffen wird. Während dieses Zeitraums sind auch diejenigen Arbeitsplätze investitionsgebunden, die im Anschluss an eine durch die Investition bewirkte höhere Kapazitätsauslastung geschaffen wurden.

⁽²⁾ GU C 130 del 28.4.1998.

3. La Commissione ha richiesto informazioni complementari con lettere del 31 agosto 2000 (D/54509), 30 marzo 2001 (D/51384), 28 maggio 2001 (D/52158), 16 novembre 2001 (D/54755) e 7 febbraio 2002 (D/50529). Le autorità italiane hanno risposto con lettere dell'8 febbraio 2001 n. 1593 (A/31192), 27 marzo 2001 n. 4129 (A/33708), 19 settembre 2001 n. 10255 (A/37368), 3 ottobre 2001 n. 11847 (A/37873), 22 gennaio 2002 n. 1003 (A/30514), 18 aprile 2002 n. 4873 (A/32946) e 29 aprile 2002 n. 5439 (A/33234).
4. Il 16 gennaio 2002 si è svolta a Bruxelles una riunione delle autorità italiane con i servizi della Commissione.

II. Descrizione

Obiettivo

5. Il regime si pone l'obiettivo della creazione di posti di lavoro in una regione, la Sicilia, caratterizzata da un tenore di vita anormalmente basso e in cui si ha una grave forma di sottoccupazione.

Base giuridica

6. La base giuridica è rappresentata da:
- la legge regionale n. 30/1997,
 - l'articolo 9, paragrafo 3, della legge regionale n. 24/2000 e l'articolo 6 della legge regionale n. 17/2001, che ampliano il campo di applicazione del regime,
 - la legge regionale n. 9/2000 che rfinanzia la legge n. 30/1997 per l'anno 2000,
 - l'articolo 18, paragrafo 1, della legge regionale n. 32/2000, che rfinanzia, per il periodo 2001-2006 la legge regionale n. 30/1997.

Durata e bilancio

7. La durata del regime è limitata al 31 dicembre 2006. Il bilancio totale si eleva a circa 554 milioni di EUR.

Beneficiari

8. Possono beneficiare del regime le imprese di qualsiasi settore, ad eccezione di quello siderurgico, operanti in Sicilia, che assumano, a tempo indeterminato, alcune categorie di lavoratori.

Oggetto del regime

9. Il regime si pone l'obiettivo della creazione di posti di lavoro e si articola in due parti: la parte A relativa alla creazione di posti di lavoro non connessi a un investimento e la parte B relativa alla creazione di posti di lavoro connessi a un investimento.

Forma e intensità dell'aiuto

10. L'aiuto è concesso sotto forma di sgravio totale dei contributi previdenziali e assistenziali per un periodo massimo di 6 anni in favore dell'assunzione, a tempo indeterminato, delle seguenti categorie di lavoratori:
- apprendisti,
 - disoccupati da qualificare,
 - disoccupati di lunga durata (oltre 24 mesi),
 - altri disoccupati,
 - disabili ed ex-tossicodipendenti,
 - lavoratori iscritti nelle liste di mobilità,
 - lavoratori in «cassa integrazione» da almeno 24 mesi.
11. Lo stesso tipo di aiuto è previsto inoltre per:
- la trasformazione dei contratti di lavoro a tempo determinato in contratti a tempo indeterminato,
 - la trasformazione dei contratti di formazione e lavoro a tempo determinato in contratti a tempo indeterminato.
12. La concessione degli aiuti è subordinata alle seguenti condizioni:
- non devono esservi state riduzioni di personale nei 12 mesi precedenti l'assunzione,
 - l'assunzione deve comportare la creazione di nuovi posti di lavoro rispetto al numero dei dipendenti dell'impresa nei 6 mesi che precedono l'assunzione. Per quanto riguarda i casi di trasformazione dei contratti di formazione e lavoro e di altri contratti a tempo determinato, i lavoratori interessati non devono essere calcolati come facenti parte dell'organico dell'impresa se la trasformazione riguarda quegli stessi lavoratori.
13. Le autorità italiane hanno stimato l'aiuto medio pari al 45 % della retribuzione lorda del lavoratore.

III. Valutazione

III.1. *Valutazione del carattere di aiuto delle misure in questione*

14. Per valutare se le misure del regime costituiscono aiuti ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, occorre determinare se procurino un vantaggio ai beneficiari, se l'origine di tale vantaggio risalga allo Stato, se le misure in questione incidano sulla concorrenza e, infine, se possano alterare gli scambi intracomunitari.
15. Il primo elemento costitutivo dell'articolo 87, paragrafo 1, è la sussistenza dell'«aiuto»: costituisce aiuto la misura che procura un vantaggio a taluni beneficiari specifici. Si tratta quindi di determinare, da un lato, se le imprese beneficiarie ricevano un vantaggio economico che non avrebbero ottenuto in normali condizioni di mercato oppure se evitano di sostenere costi che normalmente avrebbero dovuto gravare sulle risorse finanziarie proprie dell'impresa e, dall'altro lato, se tale vantaggio sia concesso a una determinata

- categoria di imprese. Nell'erogare aiuti alla promozione dell'occupazione sotto forma di sgravio dei contributi previdenziali e assistenziali a favore delle imprese situate in una regione d'Italia (la Sicilia), le autorità nazionali le sgravano di una parte dei loro costi salariali, che costituiscono normali spese che un'impresa sostiene nel proprio interesse, e procurano loro in tal modo vantaggi finanziari che ne migliorano la posizione concorrenziale. Inoltre, tali misure vanno a beneficio di imprese che operano in alcune zone del territorio italiano e le favoriscono dal momento che tali misure non vengono concesse alle imprese che si trovano al di fuori di tali zone.
16. La seconda condizione di applicazione dell'articolo 87 stabilisce che gli aiuti devono essere concessi dagli Stati ovvero mediante risorse statali. Nella fattispecie, l'esistenza di una risorsa di Stato assume forma negativa in quanto si tratta di un mancato reddito per i poteri pubblici: l'esonerazione per alcune imprese dal pagamento dei contributi sociali riduce infatti il gettito fiscale dello Stato.
17. In base alla terza e quarta condizione di applicazione dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, l'aiuto deve falsare o minacciare di falsare la concorrenza e incidere sugli scambi intracomunitari. Nella fattispecie, le misure in esame minacciano di falsare la concorrenza, in quanto rafforzano la posizione finanziaria e le possibilità di azione delle imprese beneficiarie rispetto ai loro concorrenti che non ne fruiscono. Se tale effetto si produce nell'ambito degli scambi intracomunitari, questi ultimi risentono delle misure in questione. In particolare, dette misure falsano la concorrenza ed incidono sugli scambi intracomunitari qualora le imprese beneficiarie esportino una parte della loro produzione in altri Stati membri; analogamente, se le imprese beneficiarie non esportano, la produzione nazionale è avvantaggiata dal fatto che le possibilità delle imprese, situate in altri Stati membri, di esportare i loro prodotti sul mercato italiano ne risultano diminuite ⁽³⁾.
18. Per le ragioni suindicate, le misure in causa sono vietate in linea di massima dall'articolo 87, paragrafo 1, del trattato e possono essere considerate compatibili con il mercato comune unicamente se ammesse a beneficiare di una delle deroghe previste da detto trattato.

III.2. *Legittimità del regime*

19. Poiché si tratta di misure non ancora entrate in vigore, la Commissione constata che le autorità italiane hanno soddisfatto i loro obblighi di notifica in conformità con l'articolo 88, paragrafo 3, del trattato.

III.3. *Valutazione della compatibilità delle misure con il mercato comune*

20. Dopo aver determinato la natura di aiuto di Stato delle misure in esame, ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, la Commissione deve esaminarne la compatibilità con il mercato comune ai sensi dell'articolo 87, paragrafi 2 e 3, del trattato.

21. Per quanto riguarda l'applicabilità delle deroghe previste dal trattato, la Commissione ritiene che gli aiuti in questione non possano beneficiare delle deroghe dell'articolo 87, paragrafo 2, del trattato in quanto non si tratta di aiuti a carattere sociale conformemente all'articolo 87, paragrafo 2, lettera a), né di aiuti destinati a ovviare ai danni arrecati dalle calamità naturali oppure da altri eventi eccezionali, ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera b), né ricadono nell'ambito dell'articolo 87, paragrafo 2, lettera c). Per ovvie ragioni non sono neppure applicabili le deroghe di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettere b) e d).
22. Poiché si tratta di aiuti finalizzati alla creazione di posti di lavoro, connessi o non connessi a un investimento ⁽⁴⁾, la Commissione esamina se possano beneficiare delle deroghe di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettere a) e c), del trattato.

L'ammissibilità della regione

23. La Commissione ricorda che, con la decisione del 1° marzo 2000, ha approvato la carta italiana degli aiuti a finalità regionale per il periodo 2000-2006, relativamente alle regioni ammissibili alla deroga prevista dall'articolo 87, paragrafo 3, lettera a), del trattato ⁽⁵⁾. Ai sensi di detta carta, la regione Sicilia è una regione assistita in virtù di detta deroga.

Parte A: aiuti alla creazione di posti di lavoro non connessi a un investimento

24. Poiché si tratta di aiuti alla creazione di posti di lavoro non connessi a un investimento, questa parte del regime deve essere esaminata alla luce degli orientamenti comunitari in materia di aiuti all'occupazione ⁽⁶⁾.
25. Tali orientamenti precisano che la Commissione riserva un parere favorevole agli aiuti volti alla creazione netta di occupazione, cioè degli aiuti concessi in funzione del numero di posti di lavoro creati e:

- riguardanti i lavoratori che non hanno ancora trovato un posto di lavoro o che hanno perso l'impiego precedente e
- destinate alla creazione di nuovi posti di lavoro (creazione netta) nelle PMI e nelle regioni ammissibili agli aiuti a finalità regionale, oppure

⁽³⁾ Sentenza del 13 luglio 1988 nella causa 102/87 (SEB), Racc. 1988, pag. 4067.

⁽⁴⁾ Ai sensi del punto 4.11 degli orientamenti in materia di aiuti di Stato a finalità regionale (GU C 74 del 10.3.1998), si ritiene che un posto di lavoro sia connesso con la realizzazione di un investimento quando riguarda l'attività per la quale è stato effettuato l'investimento e venga creato nel corso dei tre anni successivi alla realizzazione integrale dell'investimento. Sono considerati connessi all'investimento anche i posti di lavoro creati, nel corso di questo periodo, a seguito di un aumento del tasso di utilizzazione della capacità creata dall'investimento stesso.

⁽⁵⁾ GU C 175 del 24.6.2000.

⁽⁶⁾ GU C 334 del 12.12.1995.

- volte a incoraggiare l'assunzione di talune categorie di lavoratori che incontrano difficoltà di inserimento o di reinserimento sul mercato del lavoro in tutto il territorio; in quest'ultimo caso è sufficiente che il posto di lavoro da occupare si sia reso vacante in seguito a una partenza naturale e non a un licenziamento.
26. Detti orientamenti stabiliscono altresì che la Commissione debba accertarsi che «l'entità dell'aiuto non ecceda quella necessaria per incitare alla creazione di posti di lavoro», e che sia garantita una certa stabilità occupazionale.
27. Per quanto riguarda l'assunzione degli apprendisti, dei disoccupati da qualificare, dei disoccupati di lunga durata, degli altri disoccupati e dei lavoratori iscritti nelle liste di mobilità, la Commissione osserva che gli aiuti in questione soddisfano le condizioni previste dagli orientamenti in materia di aiuti all'occupazione per quanto riguarda la creazione netta di posti di lavoro. In effetti:
- gli aiuti in questione hanno l'effetto di procurare un posto di lavoro a soggetti che non l'hanno ancora trovato o che hanno perso il precedente impiego, e sono assegnati in funzione del numero di posti di lavoro creati;
- gli aiuti non eccedono quanto necessario per incitare alla creazione di posti di lavoro, tenuto conto degli svantaggi di cui soffre la regione [negli anni 1998, 1999 e 2000 il tasso di disoccupazione nella regione Sicilia si elevava rispettivamente al 24,1 %, 24,8 % e 24,2 %; il tasso di disoccupazione dei giovani di età inferiore a 25 anni negli stessi anni si elevava al 53 %, 60,2 % e 58,5 % ⁽⁷⁾].
28. Per quanto riguarda gli aiuti per l'assunzione dei lavoratori in cassa integrazione da almeno 24 mesi, la Commissione rileva che la loro situazione è del tutto paragonabile a quella dei disoccupati propriamente detti. In effetti, poiché la cassa integrazione interviene soprattutto nell'ambito di processi di ristrutturazione che richiedono tagli all'organico, è altamente probabile che i lavoratori in cassa integrazione già da 24 mesi saranno i primi a perdere il posto di lavoro. Per tale ragione occorre considerare che la situazione di potenziale disoccupazione insita nella cassa integrazione corrisponde in realtà, nel caso di un lavoratore che vi si trovi da più di 24 mesi, ad una situazione di disoccupazione effettiva. Per i motivi espressi al punto precedente, le misure a favore di questa categoria di lavoratori rispettano pertanto le condizioni previste dagli orientamenti per quanto riguarda gli aiuti alla creazione netta di nuovi posti di lavoro.
29. Per quanto riguarda la trasformazione dei contratti a tempo determinato e di formazione e lavoro in contratti a tempo indeterminato, va ricordato che gli orientamenti indicano anche che la Commissione considererà attentamente le modalità del contratto di lavoro, quali, in particolare, «l'obbligo di effettuare l'assunzione nel quadro di un contratto a tempo indeterminato o di durata sufficientemente lunga».
30. La trasformazione di contratti di formazione e lavoro a tempo determinato in contratti a tempo indeterminato non crea posti di lavoro supplementari, poiché essi esistono già; tali posti, tuttavia, non hanno carattere stabile.
31. Come ha già osservato la Commissione ⁽⁸⁾, la trasformazione di contratti a tempo determinato e di contratti di formazione e lavoro in contratti a tempo indeterminato non può essere assimilata né alla categoria della creazione di nuovi posti di lavoro né a quella di mantenimento dell'occupazione: le misure di trasformazione presentano difatti caratteristiche particolari che riguardano la stabilizzazione di impieghi precari. Il valore aggiunto è di conseguenza costituito dalla «creazione netta di posti di lavoro stabili», che non esistevano in precedenza.
32. La Commissione ritiene che, anche se gli orientamenti in materia di aiuti all'occupazione non prevedono tale tipo di intervento, essi si richiamano al concetto di stabilità dell'occupazione come valore positivo: le modalità del contratto di lavoro sono oggetto di una valutazione della Commissione che le approva solo se sono tali da garantire all'impiego un carattere sufficientemente duraturo.
33. La Commissione esprime di massima un parere favorevole nei confronti di alcuni aiuti per la trasformazione di posti di lavoro a tempo determinato in impieghi a tempo indeterminato. Tuttavia, come precisano gli orientamenti, tale parere è subordinato a:
- l'obbligo di non aver licenziato personale nei 12 mesi precedenti la trasformazione,
- l'obbligo di realizzare un aumento dei posti di lavoro rispetto a quelli esistenti nell'impresa nei 6 mesi precedenti la trasformazione, al netto dei posti che beneficiano della trasformazione stessa.
34. Ciò permette alla Commissione di garantire che l'aiuto in questione, oltre a permettere la stabilizzazione di impieghi precari, comporti un valore aggiunto costituito dalla creazione netta di posti di lavoro stabili che non esistevano in precedenza, e quindi di accertare che non si tratti della semplice sostituzione di un dipendente licenziato o collocato in pensione.
35. Alla luce di quanto precede, la Commissione considera che nel caso in esame l'obbligo della creazione netta di posti di lavoro sia soddisfatto, poiché il numero dei dipendenti è calcolato al netto dei posti di lavoro creati con contratti a tempo determinato o a carattere non duraturo.
36. Per quanto riguarda gli aiuti a favore dell'assunzione di disoccupati disabili ed ex tossicodipendenti, va constatato che si tratta effettivamente di categorie a rischio di emarginazione sociale, e che le condizioni previste dagli orientamenti comunitari in materia di assunzione di lavoratori «che incontrano particolari difficoltà di inserimento o di reinserimento sul mercato del lavoro» sono soddisfatte.

⁽⁷⁾ Fonte: Eurostat.

⁽⁸⁾ Cfr. l'aiuto di Stato N 692/97 e C 49/98.

37. La Commissione attira tuttavia l'attenzione delle autorità italiane sul fatto che gli orientamenti in materia di aiuti all'occupazione sono in corso di revisione. Tale revisione degli orientamenti potrebbe portare la Commissione a proporre alle autorità italiane di adottare misure opportune relativamente ai regimi sinora approvati o che lo saranno alla luce della vigente disciplina.

Parte B: aiuti alla creazione di posti di lavoro connessi a un investimento

38. Poiché si tratta di aiuti alla creazione di posti di lavoro connessi a un investimento, questa parte del regime deve essere esaminata alla luce degli orientamenti in materia di aiuti a finalità regionale⁽⁹⁾, dei criteri stabiliti dal regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle piccole e medie imprese⁽¹⁰⁾, per il settore agricolo, dei criteri stabiliti negli orientamenti comunitari per gli aiuti di Stato nel settore agricolo⁽¹¹⁾ e, per il settore della pesca e dell'acquacoltura, dei criteri stabiliti nelle Linee direttrici per l'esame degli aiuti nazionali nel settore della pesca e dell'acquacoltura⁽¹²⁾.

39. Al momento attuale, la Commissione ha dei dubbi sul fatto che gli aiuti alla creazione di posti di lavoro previsti dal regime abbiano come unico oggetto i posti di lavoro connessi alla realizzazione di un investimento, ai sensi dei punti da 4.11 a 4.14 degli orientamenti relativi agli aiuti a finalità regionale e dell'articolo 2, lettera c), del regolamento (CE) n. 70/2001.

40. Al momento attuale, la Commissione ha dei dubbi anche sul fatto che l'intensità degli aiuti del regime, che può essere calcolata rispetto al totale delle spese che figurano nella base tipo definita al punto 4.13 degli orientamenti in materia di aiuti a finalità regionale, rispetti i massimali regionali previsti dalla carta italiana degli aiuti a finalità regionale per il periodo 2000-2006 relativa alla regione Sicilia (35 % ESN + 15 % ESL per le PMI).

41. Inoltre, la Commissione ha dei dubbi, al momento attuale, sul fatto che siano rispettate le regole di cumulo previste dai punti 4.18-4.21 degli orientamenti in materia di aiuti a finalità regionale e dall'articolo 8 del regolamento (CE) n. 70/2001.

42. Al momento attuale la Commissione non è ancora in grado di determinare se il principio della necessità dell'aiuto, di cui al punto 4.2 degli orientamenti in materia di aiuti a finalità regionale e all'articolo 7 del regolamento (CE) n. 70/2001, sia rispettato.

43. Inoltre, la Commissione non ha elementi, al momento attuale, per valutare se gli aiuti agli investimenti sono compatibili, per il settore agricolo, con i punti 4.1 e 4.2 degli orientamenti comunitari per gli aiuti di Stato nel settore agricolo e, per il settore della pesca e dell'acquacoltura, con i criteri stabiliti nelle linee direttrici per l'esame degli aiuti nazionali nel settore della pesca e dell'acquacoltura.

44. Infine, al momento attuale, la Commissione ha dei dubbi sul fatto che, al fine di garantire che gli investimenti produttivi sovvenzionati siano realizzabili e sani, l'apporto del beneficiario destinato al loro finanziamento raggiunga almeno il 25 %, ai sensi del punto 4.2 degli orientamenti in materia di aiuti a finalità regionale e dell'articolo 4.3 del regolamento (CE) n. 70/2001.

IV. Conclusioni

45. Tenuto conto di quanto precede, la Commissione:

- ha deciso di considerare la parte A del regime, relativa ad aiuti alla creazione di posti di lavoro non connessi a un investimento, compatibile con il trattato CE,
- invita l'Italia, nell'ambito del procedimento di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE, a presentare le proprie osservazioni e a fornire qualsiasi informazione utile per la valutazione della parte B del regime, relativa ad aiuti alla creazione di posti di lavoro connessi a un investimento, entro un mese dalla data di ricezione della presente. Invita inoltre le autorità del Suo paese a trasmettere immediatamente una copia di questa lettera ai potenziali beneficiari dell'aiuto.

46. La Commissione desidera richiamare all'attenzione dell'Italia che l'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE ha effetto sospensivo e che, in forza dell'articolo 14 del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, essa può imporre allo Stato membro interessato di recuperare ogni aiuto illegale dal beneficiario.“

⁽⁹⁾ GU C 74 del 10.3.1998.

⁽¹⁰⁾ GU L 10 del 13.1.2001.

⁽¹¹⁾ GU C 28 dell'1.2.2000.

⁽¹²⁾ GU C 19 del 20.1.2001.

STAATLICHE BEIHILFE — ITALIEN

Beihilfe C 52/2002 (ex N 833/2001) — Provinzialgesetz Nr. 6/99 „Besondere Vorschriften für den Verkehrssektor“ (Autonome Region Trient-Südtirol)**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag**

(2002/C 242/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 24. Juli 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Italien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Energie und Verkehr
Direktion A
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 41 04.

Alle Stellungnahmen werden Italien übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

1. Verfahren

Am 3. Mai 2000 beschloss die Kommission, keine Einwände gegen das Provinzialgesetz Nr. 6 vom 13. Dezember 1999 (Staatliche Beihilfe N 42/2000) zu erheben. Mit Schreiben vom 27. November 2001, das vom Generalsekretariat am 3. Dezember 2001 registriert wurde, teilte die italienische Regierung der Kommission die Sonderbestimmungen für den Verkehrssektor mit, die nach diesem Gesetz im Einklang mit Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag angenommen wurden. Die Notifizierung wurde vom Generalsekretariat der Europäischen Kommission unter Nr. N 833/01 registriert.

Da die Notifizierung unvollständig war, forderte die Kommission mit Schreiben D(02) 1665 vom 1. Februar 2002 zusätzliche Informationen an. Eine Antwort auf dieses Schreiben ging am 5. April 2002 unter der Nr. GD TREN A/56228 ein.

Am 11. März 2002 fand eine Sitzung zwischen Vertretern der Kommission und der Autonomen Region Trient-Südtirol statt. Ein letztes Schreiben wurde der italienischen Regierung von der Kommission am 12. April 2002 übermittelt. Die Antwort auf diese Anfrage erfolgte mit Schreiben vom 17. Mai 2002, das am 28. Mai 2002 unter der Nr. SG A/5459 registriert wurde. Eine weitere Sitzung fand am 30. Mai 2002 zwischen Vertretern der Kommission und der Autonomen Region Trient-Südtirol statt.

2. Beschreibung der Beihilfemaßnahme

Ziele der Maßnahme sind die Förderung der Verlagerung von Güterverkehr auf andere Verkehrsträger als den Straßengüterverkehr durch die Unterstützung von Investitionen in den Schienenverkehr oder sonstige Verkehrsträger sowie die Redu-

zierung der Umweltauswirkungen durch die Förderung der Beschaffung von Verkehrsmitteln, die mit Technologien ausgerüstet sind, die eine geringere Schadstoffbelastung der Umwelt verursachen und die verbindlichen Umweltstandards einhalten. Schließlich soll die Gründung von Firmenkonsortien in diesem Bereich gefördert werden, da auf diese Weise vor einem lokalen Hintergrund, der durch eine starke Fragmentierung der Unternehmen gekennzeichnet ist, eine größere Effizienz, Größenvorteile und Managementkapazität erzielt werden können.

Die Maßnahme unterstützt kleine und mittlere Unternehmen ⁽¹⁾ und Konsortien, die Güterkraftverkehrsdienste für Dritte erbringen, Tätigkeiten im Bereich des kombinierten Verkehrs ⁽²⁾ oder Schienen- und Ferntransporte durchführen, die in irgendeiner Weise mit dem kombinierten Schienenverkehr oder der Beförderung von Gütern oder Personen in Zusammenhang stehen.

Die Beihilfe erfolgt in Form von Kapitalzuschüssen für den Ersatz oder die Anpassung von Fahrzeugen im Hinblick auf die Einhaltung höherer Umweltschutzstandards. Oder sie erfolgt in Form von Investitionsbeihilfen, die ausschließlich für den kombinierten Verkehr bestimmt sind, sowie von Investitionsbeihilfen speziell zugunsten von KMU im Bereich des Güter- und Personenverkehrs.

⁽¹⁾ Im Sinne der in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag für kleine und mittlere Unternehmen enthaltenen Definition für staatliche Beihilfen.

⁽²⁾ Im Sinne der Definition in Artikel 1 der Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Bedingungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten (ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38).

3. Würdigung der Beihilfe

Nach der vorgeschlagenen Maßnahme erhalten die ausgewählten Empfänger staatliche Zuschüsse zur Deckung der Kosten für Investitionen in Ausrüstungen für den kombinierten Verkehr und in Straßenfahrzeuge, während andere Unternehmen des gleichen oder anderer Mitgliedstaaten, die in diesem Bereich tätig sind, keine solchen Beihilfen zu ihren Beförderungstätigkeiten erhalten. Die Maßnahmen stärken also die Wettbewerbsfähigkeit der Empfänger gegenüber anderen, im zwischenstaatlichen Handel tätigen Unternehmen. Die Kommission stellt fest, dass der betreffende Verkehrssektor — kombinierter Verkehr und Güterkraftverkehr — gemäß den einschlägigen Bestimmungen des EG-Vertrags oder den Rechtsvorschriften des Sekundärrechts⁽³⁾ freien Zugang zum Markt hat.

Demzufolge vertritt die Kommission die Auffassung, dass es sich bei der notifizierten Beihilfemaßnahme um eine Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 handelt und sie daher grundsätzlich verboten ist, es sei denn, sie kann aufgrund einer im EG-Vertrag oder im Sekundärrecht vorgesehenen Ausnahme als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden.

Der Ausbau von Tätigkeiten zur Verlagerung von Verkehr von der Straße auf andere Verkehrsträger entspricht im Sinne von Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) dem gemeinsamen Interesse⁽⁴⁾. Die Kommission hält daher Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag für die geeignete Rechtsgrundlage zur Analyse dieser Maßnahme.

Entsprechend der üblichen Praxis sind nach Auffassung der Kommission staatliche Beihilfen zu Investitionen in Umschlaggeräte, Beihilfen zu Investitionen in Informationssysteme und Beihilfen zur Beschaffung von Ladeeinheiten für den kombinierten Verkehr nach Artikel 87 Absatz 3 EG-Vertrag⁽⁵⁾ zu bewerten.

Beihilfen für Gebäude, Anlagen, Maschinen und Ausrüstungen zugunsten von KMU im Bereich des Güter- und Personenverkehrs können gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf kleine und mittlere Unternehmen als mit dem Vertrag vereinbar angesehen werden.

Investitionsbeihilfe für Kraftfahrzeuge zur Beförderung von bis zu neun Personen

Laut den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 12/98 des Rates vom 11. Dezember 1997 über die Bedingungen für die

⁽³⁾ In Bezug auf den kombinierten Verkehr siehe die Artikel 43 und 49 EG-Vertrag und die Richtlinie 92/106/EWG des Rates vom 7. Dezember 1992 (ABl. L 368 vom 17.12.1992, S. 38), in Bezug auf den Straßenverkehr siehe Richtlinie 12/98/EWG des Rates vom 11.12.1997 (ABl. L 4 vom 8.1.1998, S. 10), Richtlinie 3118/93/EWG des Rates vom 22.6.1993 (ABl. L 279 vom 12.11.1993, S. 1).

⁽⁴⁾ Siehe Entscheidung der Kommission vom 8. Juli 1999, N 121/99 — Österreich (ABl. C 245 vom 28.8.1999, S. 2), Entscheidung der Kommission vom 4. Mai 1999, Italien (ABl. L 227 vom 28.8.1999, S. 12), Entscheidung der Kommission vom 9. Dezember 1998, N 598/98 — Niederlande (ABl. C 29 vom 4.2.1999, S. 13), Entscheidung der Kommission vom 21. Januar 1997 (ABl. C 2/97 — Niederlande (ABl. C 93 vom 22.3.1997, S. 11).

⁽⁵⁾ Siehe Entscheidung der Kommission vom 4. Mai 1999, C 21/98 — Italien (ABl. L 227 vom 28.8.1999, S. 12), Entscheidung der Kommission vom 8. Juli 1999, N 121/99 — Österreich (ABl. C 245 vom 28.8.1999, S. 2), Entscheidung der Kommission vom 26. Oktober 1999, N 293/99 — Belgien (VIK) (ABl. C 55 vom 26. Februar 2000, S. 11).

Zulassung von Verkehrsunternehmern zum Personenkraftverkehr innerhalb eines Mitgliedstaats, in dem sie nicht ansässig sind⁽⁶⁾ darf die Kabotagebeförderung nur mit „Fahrzeugen“ durchgeführt werden, die dazu bestimmt sind, mehr als neun Personen einschließlich des Fahrers zu befördern⁽⁷⁾. Daher vertritt die Kommission die Auffassung, dass es sich angesichts der betreffenden Investitionsbeihilfe und des Fehlens von Gemeinschaftsrechtsvorschriften zur Öffnung dieses Marktes nicht um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag handelt, da der Handel zwischen Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt wird. Darüber hinaus ist ihr geografischer Geltungsbereich auf die Region und die angrenzenden Provinzen beschränkt.

Investitionsbeihilfe für Eisenbahnwaggons und neues oder erneuertes rollendes Material

Gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12.7.2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf kleine und mittlere Unternehmen⁽⁸⁾ sind Investitionsbeihilfen für Eisenbahnwaggons an KMU zulässig. Die Kommission bezweifelt jedoch, ob die notifizierte Intensität der Beihilfe von 25 % als vereinbar mit der in Artikel 4 Absatz 2 festgelegten Höchstgrenze der Intensität der Beihilfe (15 % für kleine und 7,5 % für mittlere Unternehmen) angesehen werden kann.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„Dopo aver esaminato le informazioni trasmesse dalle autorità italiane in merito al regime di aiuto in oggetto, la Commissione desidera informarLa di aver deciso di avviare il procedimento di cui all'articolo 83, paragrafo 2, del trattato CE nei confronti degli aiuti agli investimenti in carri ferroviari e in materiale rotabile nuovo o rigenerato di non sollevare alcuna obiezione nei confronti delle altre misure notificate.

I. Procedimento

1. Il 3 maggio 2000 la Commissione ha deciso di non sollevare alcuna obiezione nei confronti della Legge provinciale n. 6 del 13 dicembre 1999 (aiuto di Stato N 42/2000). Con lettera del 27 novembre 2001, protocollata dal Segretariato generale il 3 dicembre 2001, le autorità italiane hanno notificato alla Commissione, come previsto dall'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE, le «Disposizioni particolari per il settore del trasporto» contenenti la disciplina attuativa della predetta legge. La notificazione è stata protocollata dal Segretariato generale della Commissione con il n. N 833/01.
2. Poiché la notifica risultava incompleta, la Commissione ha chiesto ulteriori informazioni con lettera D(02) 1665 del 1° febbraio 2002. La risposta a questa lettera è pervenuta con lettera raccomandata del 5 aprile 2002, protocollata col numero DG TREN A/56228.

⁽⁶⁾ ABl. L 4 vom 8.1.1998.

⁽⁷⁾ Entscheidung der Kommission N 733/2000 — Italien (Ligurien) „Interventions régionales pour la requalification du service de transport public par taxis“; Entscheidung der Kommission N 237/99 — Italien (Piemont) „Regime di sovvenzioni per il miglioramento dei servizi complementari al trasporto pubblico locale“.

⁽⁸⁾ ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 33.

3. L'11 marzo 2002 si è svolta una riunione tra rappresentanti della Commissione e della Provincia autonoma di Trento. Una lettera che chiedeva un complemento di informazione è stata inviata dalla Commissione alle autorità italiane il 12 aprile 2002. La risposta è pervenuta con lettera del 17 maggio 2002, protocollata il 28 maggio 2002 (SG A/5459). Una seconda riunione tra rappresentanti della Commissione e della Provincia autonoma di Trento ha avuto luogo il 30 maggio 2002.

II. Descrizione dell'aiuto

2.1. Finalità

4. Il provvedimento è finalizzato ad incoraggiare il trasferimento del traffico delle merci verso vettori diversi da quelli stradali, sostenendo gli investimenti per il trasporto su rotaia o per sistemi alternativi al trasporto su ruota; un altro obiettivo è la riduzione dell'impatto ambientale del trasporto su ruota attraverso la concessione di contributi per l'acquisto di mezzi di trasporto dotati di tecnologie che riducono l'inquinamento ambientale e che superano gli standard ecologici obbligatori. Infine, un ulteriore obiettivo consiste nel fornire un sostegno alla formazione di consorzi fra imprese del settore, in quanto forme di aggregazione che aumentano l'efficienza, le economie di scala e le potenzialità gestionali in un contesto locale caratterizzato da un'alta polverizzazione degli operatori.

2.2. Beneficiari

5. Il progetto notificato eroga aiuti a piccole o medie imprese ⁽⁹⁾ e a consorzi di piccole e medie imprese:

- operanti nel settore dell'autotrasporto per conto terzi che svolgono attività di trasporto intermodale ⁽¹⁰⁾,
- che effettuano attività connesse ai trasporti terrestri purché connesse al trasporto ferroviario intermodale o al trasporto di merci o di persone.

6. Le autorità italiane hanno confermato che del regime potranno beneficiare tutte le imprese dell'Unione europea operanti nella provincia di Trento.

7. Inoltre, il regime prevede che le grandi imprese possano beneficiare degli aiuti soltanto previa notifica e autorizzazione del singolo progetto di aiuto. La Commissione ritiene tuttavia che aiuti siffatti, erogati a grandi imprese, esulino dall'esame effettuato dalla Commissione del presente regime, notificato come N 833/01. La presente decisione si limiterà pertanto a valutare e ad esonerare gli aiuti previsti per le piccole e medie imprese e non pregiudica in alcun modo eventuali future notifiche di aiuti per le grandi imprese.

⁽⁹⁾ Ai sensi della definizione di cui all'allegato I del regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, sull'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato alle imprese di piccole e medie dimensioni (GU L 10 del 13.1.2001, pag. 33).

⁽¹⁰⁾ Ai sensi della definizione di cui all'articolo 1 della direttiva 92/106/CEE del Consiglio, del 7 dicembre 1992, sulla fissazione di norme comuni per taluni tipi di trasporto combinato e di merci fra gli Stati membri (GU L 368 del 17.12.1992, pag. 38).

2.3. Forma dell'aiuto

8. Verranno concesse sovvenzioni in conto capitale il cui versamento può avvenire in un'unica soluzione o in rate annuali. Il contributo è erogato dopo l'effettuazione delle spese. Tuttavia, per le domande di contributo di importo superiore ai 500 000 EUR, comprendenti investimenti immobiliari, è ammessa l'erogazione anticipata delle prime due rate di contributo, dopo l'atto di concessione. L'erogazione anticipata avviene previa presentazione di idonea garanzia per l'intero importo anticipato, aumentato annualmente del tasso legale di interesse.

2.4. Spese ammissibili ed intensità dell'aiuto

9. Sostituzione dei veicoli [articolo 3, paragrafo 1, lettera a), delle «Disposizioni particolari per il settore del trasporto»]; la sostituzione di veicoli immatricolati da almeno cinque anni con veicoli nuovi che consentano il raggiungimento di più elevati standard in tema di tutela dell'ambiente di quelli previsti dalla normativa nazionale e comunitaria in vigore. Sono quindi esclusi gli standard adottati ma non ancora entrati in vigore. Il versamento del contributo è subordinato alla prova che il veicolo oggetto di sostituzione sia stato rottamato oppure alienato a paesi non appartenenti all'area CEMT ⁽¹¹⁾; verrà erogato un importo massimo pari al 40 % dei costi differenziali di investimento necessari per raggiungere i più elevati standard ambientali.

10. Adeguamento dei veicoli [articolo 3, paragrafo 1, lettera b)], finalizzato alla riduzione dell'inquinamento acustico o delle emissioni gassose allo scopo di realizzare standard più elevati in tema di tutela dell'ambiente di quelli previsti dalla normativa nazionale comunitaria in vigore; sarà erogato soltanto un importo massimo pari al 40 % dei sovraccosti di investimento sostenuti per conseguire una tutela ambientale di livello superiore a quello prescritto dalla vigente normativa.

11. Terreni [articolo 3, paragrafo 1, lettera c)]; per le piccole e medie imprese sono consentite intensità di aiuto fino a un massimo di 15 % per le piccole imprese e fino a un massimo di 7,5 % per le medie imprese.

Aiuti agli investimenti esclusivamente destinati al trasporto intermodale

12. Beni di investimento, software e hardware [articolo 3, paragrafo 2, lettera a)]; beni di investimento necessari per effettuare la movimentazione, la manipolazione e il trasporto di merci da vettori su ruote a vettori su rotaia. Il software e l'hardware devono essere esclusivamente utilizzati per realizzare le suddette attività di movimentazione, manipolazione e trasporto. L'intensità massima dell'aiuto può arrivare al 30 % dei costi ammissibili.

⁽¹¹⁾ CEMT/ECMT — Conferenza europea dei ministri dei Trasporti; organo intergovernativo istituito con un accordo sottoscritto a Bruxelles il 17 ottobre 1953. Attualmente, sono membri del CEMT i 15 Stati dell'Unione europea, nonché molti altri paesi dell'Europa centrale e orientale.

13. Casse mobili e containers, semirimorchi esclusivamente progettati per il trasporto combinato e ammodernamento dei semirimorchi per adattarli al trasporto intermodale [articolo 3, paragrafo 2, lettera c) e lettera d)]. Restano quindi esclusi gli aiuti per l'investimento in containers per il trasporto marittimo, che non sono espressamente progettati per il trasporto combinato. I contributi che possono essere concessi agli investimenti in attrezzature non devono superare il 40 % della differenza tra il costo di un'unità per il trasporto combinato e una corrispondente unità per il trasporto su strada. Sono pertanto esclusi gli aiuti all'investimento in containers marittimi (ISO serie 1) che non sono specificamente progettati per il trasporto combinato.

14. Interventi di ammodernamento di carri ferroviari destinati al trasporto intermodale [articolo 3, paragrafo 2, lettera f)], finalizzati a ridurre i costi di gestione mediante uno o più dei seguenti interventi: individuazione della posizione sul territorio dell'Unione europea, accoppiamento automatico, controllo e verifica automatica del sistema frenante e dei sistemi di rotolamento. Sono ammissibili solamente i costi di ammodernamento nella misura del 25 %.

15. Carri ferroviari e materiale rotabile nuovo o rigenerato [articolo 3, paragrafo 2, lettera e)]; l'intensità massima è pari al 25 % dei costi ammissibili sostenuti dalle piccole e medie imprese.

Aiuti agli investimenti specificamente finalizzati alle PMI che trasportano merci e persone

16. Fabbricati, impianti, macchinari e attrezzature (articolo 3, paragrafo 3); l'intensità dell'aiuto ammessa può essere al massimo del 15 % per le piccole imprese e del 7,5 % per le medie imprese. Sono escluse le attività di manutenzione ordinaria e straordinaria. Le attrezzature non comprendono i mezzi di trasporto né le attrezzature di trasporto.

17. Autoveicoli atti a trasportare fino a nove persone compreso il conducente per le imprese che esercitano l'attività di autotrasporto di persone (articolo 3, paragrafo 4). Si intende che il limite si riferisce alla capacità complessiva di trasporto dell'impresa e non al singolo veicolo in sua disponibilità. Devono essere soddisfatti i seguenti requisiti: utilizzo esclusivo dei veicoli e ambito di trasporto geograficamente circoscritto al territorio della provincia e a quello delle province confinanti; per considerare l'attività aziendale ristretta a tale ambito l'impresa non deve svolgere alcuna prestazione all'esterno dello stesso, anche se in eventualità del tutto occasionali o accidentali. L'intensità di aiuto consentita è pari al 15 % per le piccole imprese e al 7,5 % per le medie imprese.

2.5. Cumulabilità

18. La presentazione della domanda di contributo comporta il divieto di presentare altre domande di contributo per la medesima iniziativa, nonché l'obbligo di rinunciare ad altre domande eventualmente già presentate, salvo espressioni e diverse indicazioni di altre leggi e nel rispetto delle regole comunitarie sul cumulo degli aiuti di Stato. La violazione di queste disposizioni comporta il diniego del contributo o

la revoca totale dei contributi già concessi, nonché la restituzione, da parte dell'impresa, di un importo pari a quattro volte quello erogato (articolo 12, paragrafo 7). Nell'ipotesi di cumulo di misure di aiuto diverse previste dal regime, il contributo non deve superare le percentuali massime valide per ciascuna misura.

2.6. Procedura e misure nell'ipotesi di mancata osservanza

19. Ai sensi dell'articolo 12, paragrafo 2, della Legge provinciale 13 dicembre 1999, n. 6 «Interventi della Provincia autonoma di Trento per il sostegno dell'economia e della nuova imprenditorialità»⁽¹²⁾, le domande relative agli aiuti previsti dalla legge sono esaminate secondo procedure di tipo automatico o valutativo.

20. La concessione dei contributi comporta l'obbligo di non alienare, cedere o comunque distogliere dalla loro destinazione i beni per i quali i contributi sono stati concessi per un periodo minimo di 3-5 anni (per i beni mobili) e di 10 anni (per i beni immobili). In caso di mancata osservanza degli obblighi suddetti i contributi vengono parzialmente o totalmente revocati (articolo 13 delle Disposizioni particolari).

2.7. Stanziamenti di bilancio e durata del regime di aiuto

21. Le disposizioni in oggetto entrerebbero in applicazione dalla data di autorizzazione del regime da parte della Commissione e fino al 31 dicembre 2006.

22. Non sono previsti stanziamenti di bilancio specificamente finalizzati al settore trasporti; gli importi corrispondenti vengono attinti ad un qualsiasi fondo per investimenti.

(in euro)					
Contributi una tantum	2002	2003	2004	2005	2006
Settore artigianale	300 000	300 000	300 000	300 000	300 000
Industria	400 000	400 000	400 000	400 000	400 000
Cooperative	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
Commercio	50 000	50 000	50 000	50 000	50 000
Totale	850 000	850 000	850 000	850 000	850 000
Contributi pluriennali erogabili in più rate	2002	2003	2004	2005	2006
Settore artigianale	200 000	200 000	200 000	200 000	200 000
Industria	600 000	600 000	600 000	600 000	600 000
Cooperative	50 000	50 000	50 000	50 000	50 000
Commercio	25 000	25 000	25 000	25 000	25 000
Totale	875 000	875 000	875 000	875 000	875 000

⁽¹²⁾ Provvedimento già autorizzato con decisione della Commissione del 3.5.2000, aiuto di Stato N 42/2000.

2.8. Fondamento giuridico

23. Legge provinciale 13 dicembre 1999, n. 6 e sua disciplina attuativa (progetto di regolamento «Disposizioni particolari per il settore del trasporto»).

III. Valutazione dell'aiuto

3.1. Esistenza dell'aiuto

24. Ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato CE, salvo deroghe contemplate dal trattato, sono incompatibili con il mercato comune, nella misura in cui incidano sugli scambi fra Stati membri, gli aiuti concessi da uno Stato membro che falsino o minaccino di falsare la concorrenza.
25. A norma del regime proposto, i beneficiari prescelti riceveranno contributi pubblici a fronte delle spese di investimento effettuate in attrezzature di trasporto combinato e veicoli stradali, mentre altre imprese, italiane o di altri Stati membri, anch'esse attive in tale settore, non ricevono tali contributi. Di conseguenza, il regime in oggetto rafforza la posizione concorrenziale dei beneficiari nei confronti di altre imprese operanti nel settore del trasporto fra Stati. La Commissione osserva che l'accesso al mercato dei trasporti in questione — trasporto combinato ed autotrasporto — è stato liberalizzato in forza delle pertinenti disposizioni del trattato e del diritto comunitario derivato⁽¹³⁾.
26. Ciò premesso, la Commissione ritiene che il regime notificato comporti una concessione di aiuti ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, cioè di aiuti vietati — in linea di principio — dalla normativa comunitaria, a meno che non vengano ritenuti compatibili con il mercato comune in virtù di una delle deroghe previste dal trattato o dal diritto comunitario derivato.

3.2. Esenzione del regime di aiuto

27. Il regime notificato ha il duplice scopo di incentivare il trasferimento del traffico delle merci verso vettori diversi da quelli stradali e quello di ridurre l'impatto ambientale del trasporto su strada. La Commissione ritiene che al regime notificato non possa applicarsi alcuna delle deroghe contemplate dall'articolo 87, paragrafo 2, del trattato CE. Né tale regime è destinato a promuovere la realizzazione di un importante progetto di comune interesse europeo o a porre rimedio ad un grave turbamento dell'economia di uno Stato membro ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera b), o a promuovere la cultura e la conservazione del patrimonio ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera d).
28. Inoltre, ai sensi dell'articolo 73 del trattato CE, sono considerati compatibili con il trattato gli aiuti richiesti dalle necessità del coordinamento dei trasporti. Anziché limitarsi alla semplice agevolazione dello sviluppo di un settore industriale, il concetto di coordinamento di cui all'articolo 73 si riferisce a un complesso di interventi programmati dallo Stato. Attualmente, alla luce degli sviluppi della libe-

ralizzazione in questo settore, la necessità di interventi finanziari dello Stato intesi a coordinare i trasporti terrestri risulta notevolmente ridotta.

29. L'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato stabilisce che possono considerarsi compatibili con il mercato comune:

«gli aiuti destinati ad agevolare lo sviluppo di talune attività o di talune regioni economiche, sempre che non alterino le condizioni degli scambi in misura contraria al comune interesse».

30. Lo sviluppo di attività finalizzate a trasferire il traffico dalla strada ad altri modi di trasporto è un'attività di interesse comune ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato⁽¹⁴⁾. Pertanto, la Commissione ritiene che l'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato costituisca il fondamento giuridico adeguato per valutare il regime notificato.

3.3. Applicazione dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera c)

31. Per quanto attiene agli aiuti per la sostituzione dei veicoli immatricolati da almeno cinque anni con veicoli nuovi [articolo 3, paragrafo 1, lettera a)] delle «Disposizioni particolari per il settore del trasporto» la Commissione sottolinea il fatto che in settori caratterizzati da eccesso di capacità, come quello dell'autotrasporto di merci, in linea di principio non possono essere erogati aiuti per l'acquisto di unità di trasporto.
32. Tuttavia, è possibile concedere aiuti in connessione con l'acquisto di veicoli nuovi, qualora tale incentivo miri a conseguire gli obiettivi generali di tutela dell'ambiente e rappresenti una effettiva compensazione delle spese sostenute per conseguire standard tecnici più elevati di quelli prescritti dalla normativa nazionale o comunitaria.
33. Sotto questo profilo, va notato che l'aiuto previsto non supererà in alcun caso il massimale istituito dal punto 29 (30 %) e dal punto 35 (maggiorazione dell'aiuto di 10 punti percentuali per le PMI) della Disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente⁽¹⁵⁾. Inoltre, l'articolo 3, paragrafo 1, lettera a) delle «Disposizioni particolari» — imponendo al beneficiario l'obbligo di rottamare o vendere i veicoli sostituiti a paesi non appartenenti all'area CEMT — detta una chiara norma di salvaguardia per impedire che capacità di trasporto dismesse ritornino sul mercato.
34. Per quanto attiene agli aiuti di cui all'articolo 3, paragrafo 1, lettera b) delle «Disposizioni particolari», per gli investimenti che consentono alle imprese di trasporto interessate di adeguare il proprio parco veicoli a standard ambientali più elevati di quelli imposti dalla normativa comunitaria nazionale, la Commissione osserva che il massimale di aiuto proposto (25 % della spesa di investimento documentata) è conforme a quanto previsto dal punto 29 della citata Disciplina comunitaria degli aiuti di Stato per la tutela dell'ambiente.

⁽¹³⁾ Per il trasporto combinato, cfr. articolo 43 e articolo 49 del trattato CE e direttiva 92/106/CEE del Consiglio, del 7 dicembre 1992 (GU L 368 del 17.12.1992, pag. 38), citata alla nota precedente. Per il trasporto stradale, cfr. regolamento (CE) n. 12/98 del Consiglio, dell'11 dicembre 1997 (GU L 4 dell'8.1.1998, pag. 10) e regolamento (CEE) n. 3118/93 del Consiglio, del 22 giugno 1993 (GU L 279 del 12.11.1993, pag. 1).

⁽¹⁴⁾ Decisioni della Commissione: 8 luglio 1999, N 121/99 — Austria (GU C 245 del 28.8.1999, pag. 2); decisione del 4 maggio 1999 — Italia (GU L 227 del 28.8.1999, pag. 12); decisione N 598/98, del 9 dicembre 1998 — Paesi Bassi (GU C 29 del 4.2.1999, pag. 13); decisione C 2/97 del 21 gennaio 1997 — Paesi Bassi (GU C 93 del 22.3.1997, pag. 11).

⁽¹⁵⁾ GU C 37 del 3.2.2001, pag. 3.

35. Giova inoltre osservare che le spese che possono beneficiare degli aiuti agli investimenti di cui all'articolo 3, paragrafo 1, lettera a) e all'articolo 3, paragrafo 1, lettera b), devono essere limitate ai sovraccosti di investimento sostenuti per conseguire gli obiettivi ambientali.
36. L'articolo 4, paragrafo 5 del regolamento (CE) n. 70/2001 della Commissione, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle piccole e medie imprese⁽¹⁶⁾ stabilisce che sono ammissibili aiuti agli investimenti in terreni, edifici, impianti e macchinari. Pertanto, l'aiuto notificato ai fini dell'acquisizione di terreni per le PMI può essere ritenuto compatibile con il trattato poiché il previsto livello della sovvenzione è compatibile con quanto dispone l'articolo 4, paragrafo 2, del regolamento. Inoltre, il regime di aiuto notificato rispetta anche le disposizioni degli articoli 7 e 8 del citato regolamento.

Aiuti agli investimenti esclusivamente finalizzati al trasporto combinato

37. Da tempo la Comunità persegue una politica mirante a realizzare un sistema equilibrato di trasporto intermodale: parte integrante di questa politica sono gli interventi diretti a migliorare la competitività del trasporto combinato rispetto al trasporto stradale. Per la Comunità europea la finalità essenziale della politica del trasporto combinato consiste nel trasferire il traffico dalla strada verso altri modi di trasporto. Strumenti comunitari come la direttiva 92/106/CEE del Consiglio mirano a incoraggiare lo sviluppo del trasporto combinato. Anche il recente Libro bianco sulla politica dei trasporti⁽¹⁷⁾ incoraggia l'uso del trasporto su rotaia e di altri modi di trasporto ecocompatibili al fine di creare alternative competitive all'autotrasporto. Lo sviluppo del trasporto combinato è pertanto nell'interesse della Comunità, conformemente all'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato.
38. In sintonia con la sua prassi consolidata, la Commissione ritiene che gli aiuti di Stato relativi ad investimenti in attrezzature per la movimentazione del carico, gli aiuti per gli investimenti in sistemi ed apparecchiature informatiche e gli aiuti per l'acquisto di unità di carico per il trasporto intermodale debbano essere valutate alla luce dell'articolo 87, paragrafo 3, del trattato CE⁽¹⁸⁾.
39. Le attrezzature per la movimentazione sono essenziali ai fini del buon funzionamento della catena del trasporto combinato. Infatti, il 30% dei costi della rete del trasporto intermodale rispondono ai costi derivanti dalle operazioni di movimentazione dei carichi. Pertanto, gli aiuti di Stato per le attrezzature di movimentazione contribuiscono a ridurre i costi del sistema del trasporto combinato e, quindi, migliorano la sua competitività nei confronti del trasporto su strada. L'intensità dell'aiuto che il regime notificato prevede per gli investimenti in questo tipo di at-

trezzature va considerato in linea con la prassi della Commissione in questo settore⁽¹⁹⁾.

40. Per questi motivi, la Commissione ritiene che l'aiuto per l'acquisto di attrezzature di movimentazione previsto dal regime in oggetto contribuisca allo sviluppo del settore delle attività di trasporto combinato e non incida sulle condizioni degli scambi in misura contraria all'interesse comune. Tale aiuto beneficia pertanto della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato⁽²⁰⁾.
41. Per quanto attiene gli investimenti in software e hardware, i sistemi di comunicazione e di informazione elettronica sono di importanza essenziale per il successo del trasporto combinato. Un autotrasportatore può seguire facilmente, tramite il conducente dell'autotreno e il suo telefono cellulare, lo svolgimento di una operazione di trasporto stradale in tutta l'Europa. Una operazione equivalente di trasporto combinato dovrebbe poter seguire il container e, eventualmente, il carro ferroviario. Attraverso l'uso dell'elettronica nelle comunicazioni nella catena del trasporto combinato, l'efficienza e l'affidabilità del trasporto combinato può essere notevolmente incrementata, rendendolo più attraente rispetto al trasporto stradale. Pertanto, gli aiuti agli investimenti per i sistemi di informazione nei terminali di trasporto combinato sono una misura di interesse comune.
42. Inoltre, il regime in oggetto prevede che i sistemi informatici che ricevono un contributo devono essere esclusivamente utilizzati nell'ambito del trasporto combinato per essere agevolabili e stabiliscono un'intensità massima di aiuto del 30 %, che è proporzionata alla maggiore spesa necessaria per questi investimenti. Di conseguenza, la Commissione ritiene che questo tipo di contributo possieda i requisiti per beneficiare della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato.
43. Per quanto riguarda gli aiuti agli investimenti in unità di carico intermodali ai sensi dell'articolo 3, paragrafo 2, lettere c) e d), delle «Disposizioni particolari», la Commissione ritiene che questo tipo di aiuto possieda i requisiti per beneficiare della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera c) del trattato. Come la Commissione ha già indicato nelle sue decisioni relative agli aiuti N 79/97, C 21/98 e N 508/99⁽²¹⁾, gli aiuti agli investimenti in unità per il trasporto combinato possono essere ammessi a determinate condizioni, che nel caso qui in esame risultano soddisfatte. Il regime notificato prevede infatti che vengano sovvenzionati esclusivamente gli investimenti in unità per il trasporto combinato e non i normali container per il

⁽¹⁶⁾ GU L 10 del 13.1.2001, pag. 33.

⁽¹⁷⁾ Libro bianco «La politica europea dei trasporti fino al 2010: il momento delle scelte», doc. COM(2001) 370.

⁽¹⁸⁾ Decisioni della Commissione: 4 maggio 1999, C 21/98 — Italia (GU L 227 del 28.8.1999, pag. 12); 8 luglio 1999, N 121/99 — Austria (GU C 245 del 28.8.1999, pag. 2); 26 ottobre 1999, N 293/99 — Belgio (VIK) (GU C 55 del 26.2.2000, pag. 11).

⁽¹⁹⁾ Decisioni della Commissione: 9 dicembre 1998, N 598/98 — Paesi Bassi (GU C 29 del 4.2.1999, pag. 13); 8 luglio 1999, N 121/99 — Austria (GU C 245 del 28.8.1999, pag. 2); 4 maggio 1999 — Italia (GU L 227 del 28.8.1999, pag. 12); 21 dicembre 2000, N 508/99 — Italia — provincia di Bolzano-Alto Adige — Legge 4/97 (GU C 71 del 3.3.2001, pag. 21).

⁽²⁰⁾ Decisioni della Commissione: 9 dicembre 1998, N 598/98 — Paesi Bassi (GU C 29 del 4.2.1999, pag. 13); 4 maggio 1999, C 21/98 — Italia (GU L 227 del 28.8.1999, pag. 12); 8 luglio 1999, N 121/99 — Austria (GU C 245 del 28.8.1999, pag. 2); 26 ottobre 1999, N 293/99 — Belgio (VIK) (GU C 55 del 26.2.2000, pag. 11).

⁽²¹⁾ Decisioni della Commissione nei casi: 22 ottobre 1997, N 79/97 — Paesi Bassi (GU C 377 del 12.12.1997, pag. 3); 4 maggio 1999, C 21/98 — Italia (GU L 227 del 28.8.1999, pag. 12); 21 dicembre 2000, N 508/99 — Italia — provincia di Bolzano-Alto Adige — Legge 4/97.

trasporto marittimo, che vengono per la maggior parte utilizzati in attività che non possono definirsi trasporto combinato. L'erogazione di sovvenzioni in eccesso e l'abuso delle sovvenzioni sono esclusi, poiché anche con l'ausilio della sovvenzione, un'unità per il trasporto combinato non risulterà meno costosa di una corrispondente unità per il trasporto su strada.

44. Dato che le unità per il trasporto intermodale sono di regola dal 30 al 50% più costose delle corrispondenti unità per l'autotrasporto, la Commissione può considerare l'intensità dell'aiuto istituita dal regime un contributo allo sviluppo del settore del trasporto combinato il quale, grazie alle disposizioni di salvaguardia che tale regime prevede, non incide sulle condizioni degli scambi in misura contraria al comune interesse. Pertanto, questo tipo di contributi beneficia della deroga di cui all'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato.
45. Anche l'ammodernamento dei carri ferroviari destinati al trasporto combinato allo scopo di ridurre i costi di gestione è considerata una misura che contribuisce allo sviluppo delle attività di trasporto combinato ed è pertanto nell'interesse della politica dei trasporti della Comunità. In questo senso, la proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sulla concessione di contributi finanziari comunitari per migliorare le prestazioni ambientali del sistema di trasporto merci ⁽²²⁾, propone, nell'ambito del nuovo programma «Marco Polo» delle «azioni comuni di apprendimento». In generale queste azioni hanno lo scopo di raggiungere, nel settore dei trasporti, il livello di cooperazione necessario per ottimizzare metodi e procedure di lavoro, al fine di migliorare le prestazioni ambientali del settore stesso. La intensità di aiuto prevista dal regime può anch'essa considerarsi conforme alla prassi attuale della Commissione.

Aiuti agli investimenti specificamente finalizzati alle PMI che trasportano merci e persone

46. Aiuti per edifici, impianti, macchinari ed attrezzature. L'articolo 4, paragrafo 5, del citato regolamento (CE) n. 70/2001, del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle piccole e medie imprese ritiene ammissibili gli aiuti agli investimenti in terreni, edifici, impianti e macchinari. La intensità dell'aiuto notificato (15% e 7,5% rispettivamente per le piccole e medie imprese) è anch'essa conforme all'articolo 4, paragrafo 2, dello stesso regolamento. Risultano altresì osservate le disposizioni di cui agli articoli 7 e 8 dello stesso regolamento. Di conseguenza, la misura di aiuto notificata può considerarsi compatibile con il trattato.
47. Aiuti agli investimenti in autoveicoli atti a trasportare fino a nove persone. Il regolamento (CE) n. 12/98 del Consiglio, dell'11 dicembre 1997, che stabilisce le condizioni per l'ammissione dei vettori non residenti ai trasporti na-

zionali su strada di persone in uno Stato membro ⁽²³⁾ autorizza esclusivamente il trasporto di cabotaggio effettuato con «veicoli» atti a trasportare più di nove persone, conducente compreso e destinati a tale scopo ⁽²⁴⁾. Pertanto, con riguardo alla sovvenzione concessa a questo tipo di investimenti, e in assenza di una normativa comunitaria che liberalizzi tale mercato, la Commissione ritiene che non esista alcun aiuto di Stato ai sensi dell'articolo 87, paragrafo 1, del trattato, poiché tale aiuto non incide sugli scambi tra Stati membri. Inoltre, l'ambito in cui tale aiuto è erogato è geograficamente limitato al territorio della provincia.

Aiuti all'investimento in carri ferroviari e materiale rotabile nuovo o rigenerato

48. L'articolo 4, paragrafo 5, del richiamato regolamento (CE) n. 70/2001, della Commissione del 12 gennaio 2001, relativo all'applicazione degli articoli 87 e 88 del trattato CE agli aiuti di Stato a favore delle piccole e medie imprese ⁽²⁵⁾ ammette gli aiuti agli investimenti effettuati dalle piccole e medie imprese in «materiale rotabile ferroviario». Tuttavia, la Commissione dubita che l'intensità dell'aiuto notificato (25%) possa ritenersi compatibile con l'intensità massima dell'aiuto stabilita dall'articolo 4, paragrafo 2, dello stesso regolamento (rispettivamente il 15% per le piccole imprese e il 7,5% per le medie imprese).

IV. Decisione

Alla luce delle considerazioni che precedono, la Commissione decide:

- di intimare all'Italia, conformemente alla procedura di cui all'articolo 88, paragrafo 2, del trattato CE, di presentare le proprie osservazioni entro un mese dalla data di ricezione della presente lettera e di fornirle tutte le informazioni utili per procedere ad una valutazione dell'aiuto agli investimenti in carri ferroviari e in materiale rotabile nuovo o rigenerato,
- di considerare il resto delle misure di aiuto notificate compatibili con il trattato in virtù delle disposizioni dell'articolo 87, paragrafo 3, lettera c), del trattato CE e di non sollevare alcuna obiezione nei loro confronti.

La Commissione invita le autorità italiane ad inviare senza indugio una copia della presente lettera ai potenziali beneficiari dell'aiuto in questione.

La Commissione desidera ricordare all'Italia l'effetto sospensivo dell'articolo 88, paragrafo 3, del trattato CE e si prega di richiamare la Sua attenzione sull'articolo 14 del regolamento (CE) n. 659/1999 del Consiglio, che prevede che tutti gli aiuti illegittimamente concessi possano essere recuperati presso il beneficiario.“

⁽²³⁾ GU L 4 dell'8.1.1998, pag. 10.

⁽²⁴⁾ Decisione della Commissione N 733/2000 — Italia (Liguria) «Interventi regionali per la riqualificazione del servizio di trasporto pubblico a mezzo taxi» e decisione della Commissione N 237/99 — Italia (Piemonte) «Regime di sovvenzioni per il miglioramento dei servizi complementari al trasporto pubblico locale».

⁽²⁵⁾ Regolamento citato alla nota 8.

⁽²²⁾ COM(2002) 54 def.

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(2002/C 242/04)

Datum der Annahme des Beschlusses: 6.9.2002**Mitgliedstaat:** Italien (Provinz Trento)**Beihilfe Nr.:** N 229/02**Titel:** Gesetz Nr. 17/1198: Beihilfe für Berglandwirte (Änderung)**Zielsetzung:** Forstwirtschaftliche Beihilfe und Beihilfe für Verwaltungskosten (nicht im Sinne von Artikel 87 Absatz 1)**Rechtsgrundlage:** Legge provinciale 23 novembre 1998, n. 17 «Disposizioni urgenti per lo sviluppo delle zone montane e disposizioni urgenti in materia di agricoltura»**Haushaltsmittel:** Unbestimmt**Beihilfeintensität oder -höhe:** Im Rahmen der forstwirtschaftlichen Maßnahmen: 50 % für Flächenkauf, 100 % für Verwaltungskosten im Fall einer Flächenneuaufteilung**Laufzeit:** Unbestimmt**Andere Angaben:** Artikel 7 des Gesetzes 17/98 begründet keine Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 des Vertrags

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids**Datum der Annahme des Beschlusses:** 6.9.2002**Mitgliedstaat:** Frankreich**Beihilfe Nr.:** N 242/02**Titel:** Investitionsbeihilfen für Weinbrennereien (Alkoholerzeugung)**Zielsetzung:** Genauere Kontrolle der Weinalkoholerzeugung**Haushaltsmittel:** 1 Mio. EUR**Beihilfeintensität oder -höhe:** Unterschiedlich**Laufzeit:** Unbefristet

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids**Datum der Annahme des Beschlusses:** 6.9.2002**Mitgliedstaat:** Vereinigtes Königreich**Beihilfe Nr.:** N 327/02**Titel:** Maßnahme zur Verbesserung der Qualität von Northern-Ireland-Beef**Zielsetzung:** Beratung in modernen Haltungstechnologien und zur Verbesserung der Zuchtbestände in Nordirland**Rechtsgrundlage:** Administrative scheme, in accordance with the Northern Ireland Appropriation Order 2002**Haushaltsmittel:** 2 Mio. GBP pro Jahr**Beihilfeintensität oder -höhe:** Unterschiedlich**Laufzeit:** 2002/2003 bis 2006/2007

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids**Datum der Annahme des Beschlusses:** 6.9.2002**Mitgliedstaat:** Vereinigtes Königreich**Beihilfe Nr.:** N 393/02**Titel:** Beratung der Landwirte, die durch das Verbot der Verfütterung von Schlempe an Schweine betroffen sind**Zielsetzung:** Unentgeltliche Beratung der durch dieses Verbot betroffenen Landwirte**Rechtsgrundlage:** Non-statutory initiative under the Animals By-products (Amendment) (England) Order 2001**Haushaltsmittel:** 104 000 GBP**Beihilfeintensität oder -höhe:** Höchstens 100 %**Laufzeit:** Ein Jahr

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Bekanntmachung über die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung der Antidumpingmaßnahmen betreffend die Einfuhren bestimmter kornorientierter Elektrobleche mit Ursprung in Russland

(2002/C 242/05)

Bei der Kommission wurde gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Entscheidung Nr. 2277/96/EGKS der Kommission⁽¹⁾ (nachstehend „Grundentscheidung“ genannt), zuletzt geändert durch die Entscheidung Nr. 435/2001/EGKS⁽²⁾, ein Antrag auf Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung gestellt; dieser wird gemäß Artikel 1 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 963/2002 des Rates⁽³⁾ auf der Grundlage des Artikels 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates⁽⁴⁾ (nachstehend „Grundverordnung“ genannt), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 2238/2000⁽⁵⁾, geprüft werden.

1. Überprüfungsantrag

Der Antrag wurde von dem in Russland ansässigen Ausführer Novolipetsk Iron and Steel Corp. (NLMK), nachstehend „Antragsteller“ genannt, gestellt.

Der Antrag beschränkt sich auf die Untersuchung der Frage, inwieweit die Ausfuhren des Antragstellers gedumpte sind.

2. Ware

Bei der von der Überprüfung betroffenen Ware handelt es sich um kornorientierte kaltgewalzte Bleche und Bänder aus Silicium-Elektrostahl mit einer Breite von 500 mm oder mehr mit Ursprung in Russland (nachstehend „betroffene Ware“ genannt), die derzeit den KN-Codes 7225 11 00 und 7226 11 10 zugewiesen werden. Diese KN-Codes werden nur informationshalber angegeben.

3. Geltende Maßnahmen

Bei den derzeit geltenden Maßnahmen handelt es sich um einen endgültigen Antidumpingzoll, der mit der Entscheidung Nr. 303/96/EGKS der Kommission⁽⁶⁾ auf die Einfuhren **bestimmter kornorientierter Elektrobleche** mit Ursprung in Russland eingeführt wurde. Mit derselben Entscheidung der Kommission wurden auch diesbezügliche Verpflichtungen angenommen. Ferner wurden 2001 eine Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der Maßnahmen und eine Interimsüberprüfung eingeleitet⁽⁷⁾, die noch nicht abgeschlossen sind.

4. Gründe für die Überprüfung

Der Antragsteller hat ausreichende Beweise dafür vorgelegt, dass die Aufrechterhaltung der Maßnahme zum Ausgleich des Dumpings in ihrem derzeitigen Umfang nicht mehr notwendig ist. Im Gegensatz zur Ausgangsuntersuchung legt der Antragsteller jetzt Anscheinsbeweise dafür vor, dass er die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus erfüllt. Ferner hat er eine mit Beweisen belegte Dumpingberechnung vorgelegt, die auf einem Vergleich des Normalwerts mit einem von seinen eigenen Ausfuhren ausgehenden Ausführpreis beruht. Auf der Grundlage eines angemessenen Vergleichs des

Normalwerts mit dem Ausführpreis scheint die Dumpingspanne wesentlich niedriger zu sein als der geltende landesweite Antidumpingzoll.

5. Verfahren für die Dumpingermittlung

Die Kommission kam nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss zu dem Schluss, dass genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer teilweisen Interimsüberprüfung zu rechtfertigen, und leitet hiermit gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Grundverordnung eine Überprüfung ein.

Im Rahmen dieser Untersuchung soll festgestellt werden, ob die Maßnahmen im Falle des einzigen Antragstellers aufrechterhalten, aufgehoben oder geändert werden.

a) Fragebogen

Die Kommission wird dem Antragsteller und den Behörden des betroffenen Ausfuhrlandes einen Fragebogen übermitteln, um die von ihr für ihre Untersuchung als notwendig erachteten Informationen einzuholen. Diese Angaben müssen zusammen mit den entsprechenden Nachweisen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

b) Einholung von Informationen und Anhörungen

Alle interessierten Parteien werden aufgefordert, unter Vorlage sachdienlicher Beweise ihren Standpunkt darzulegen und gegebenenfalls auch andere Informationen als die Antworten auf den Fragebogen zu übermitteln. Diese Angaben müssen zusammen mit den entsprechenden Nachweisen innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) Ziffer i) gesetzten Frist bei der Kommission eingehen.

Darüber hinaus kann die Kommission interessierte Parteien hören, sofern sie dies beantragen und nachweisen, dass besondere Gründe für ihre Anhörung sprechen. Anhörungen sind innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe a) Ziffer ii) gesetzten Frist zu beantragen.

c) Wahl des Marktwirtschaftslands

Sollten Informationen aus einem Vergleichsland benötigt werden, beabsichtigt die Kommission, zur Ermittlung des Normalwertes für Russland Brasilien als geeignetes Marktwirtschaftsland heranzuziehen. Die interessierten Parteien werden aufgefordert, innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe b) gesetzten Frist zur Angemessenheit dieser Wahl Stellung zu nehmen.

d) Marktwirtschaftsstatus

Sollte der Antragsteller unter Vorlage ausreichender Beweise geltend machen, dass er unter marktwirtschaftlichen Bedingungen tätig ist, d. h. die Kriterien des Artikels 2 Absatz 7 Buchstabe c) der Grundverordnung erfüllt, so wird der Normalwert gemäß Artikel 2 Absatz 7 Buchstabe b) der Grundverordnung ermittelt. Die Kommission wird dem Antragsteller und den russischen Behörden ein Antragsformular zusenden. Bei etwaiger Beantragung auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus muss der Antragsteller den ordnungsgemäß begründeten Antrag innerhalb der unter Nummer 6 Buchstabe c) gesetzten besonderen Frist vorlegen.

⁽¹⁾ ABl. L 308 vom 29.11.1996, S. 11.

⁽²⁾ ABl. L 63 vom 3.3.2001, S. 14.

⁽³⁾ ABl. L 149 vom 7.6.2002, S. 3.

⁽⁴⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 257 vom 11.10.2000, S. 2.

⁽⁶⁾ ABl. L 42 vom 20.2.1996, S. 7.

⁽⁷⁾ Die entsprechende Bekanntmachung über die Einleitung wurde im ABl. C 53 vom 20.2.2001, S. 13, veröffentlicht.

6. Fristena) *Allgemeine Fristen*i) Kontaktaufnahme und Übermittlung der Antworten auf die Fragebogen und sonstiger Informationen durch die Parteien

Sofern nichts anderes bestimmt ist, müssen alle interessierten Parteien binnen 40 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* mit der Kommission Kontakt aufnehmen, ihren Standpunkt darlegen und den in Nummer 5 Buchstabe a) genannten, ausgefüllten Fragebogen und sonstige Informationen übermitteln, wenn diese Angaben bei der Untersuchung berücksichtigt werden sollen.

ii) Anhörungen

Innerhalb der vorgenannten Frist von 40 Tagen können alle interessierten Parteien außerdem einen Antrag auf Anhörung durch die Kommission stellen.

b) *Besondere Frist für die Wahl des Marktwirtschaftslandes*

Die von der Untersuchung betroffenen Parteien möchten möglicherweise dazu Stellung nehmen, ob die in Nummer 5 Buchstabe c) in Aussicht gestellte Wahl Brasiliens als Vergleichsland angemessen ist. Diese Stellungnahmen müssen binnen zehn Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* bei der Kommission eingehen.

c) *Besondere Frist für den Antrag auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus*

Der unter Nummer 5 Buchstabe d) genannte, ordnungsgemäß begründete Antrag auf Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus muss binnen 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* bei der Kommission eingehen.

schaftsstatus muss binnen 21 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* bei der Kommission eingehen.

7. Schriftliche Stellungnahmen, Antworten auf die Fragebogen und Schriftwechsel

Alle Stellungnahmen und Anträge interessierter Parteien sind schriftlich (nicht in elektronischer Form, sofern nichts anderes bestimmt ist) unter Angabe des Namens, der Postanschrift, der E-Mail-Adresse, der Telefon-, der Fax- und/oder der Telexnummer der betroffenen Partei einzureichen.

Anschrift der Kommission:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Handel
 Direktion B
 J-79 5/16
 B-1049 Brüssel
 Fax (32-2) 295 65 05
 Telex: COMEU B 21877.

8. Mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeit

Verweigert eine interessierte Partei den Zugang zu den erforderlichen Informationen oder übermittelt sie diese nicht innerhalb der gesetzten Fristen oder behindert sie erheblich die Untersuchung, so können gemäß Artikel 18 der Grundverordnung positive oder negative Feststellungen auf der Grundlage der verfügbaren Informationen getroffen werden.

Wird festgestellt, dass eine interessierte Partei unwahre oder irreführende Informationen vorgelegt hat, so werden diese Informationen nicht berücksichtigt, und die verfügbaren Informationen können zugrunde gelegt werden.

Mitteilung der Kommission im Rahmen der Durchführung der Richtlinie 2002/40/EG des Rates

(2002/C 242/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(Veröffentlichung der Titel und der Bezugsdaten der harmonisierten Normen im Sinne dieser Richtlinie)

ENO (¹)	Bezug und Titel der Norm	Bezugsdokument	Bezug der ersetzten Norm	Datum der Beendigung der Anwendbarkeit der ersetzten Norm Anmerkung 1
Cenelec	EN 50304:2001 Elektrische Backöfen für den Hausgebrauch — Verfahren zur Messung des Energieverbrauchs		Keine	—

(¹) ENO: Europäische Normungsorganisation

— CEN: rue de Stassart/Stassartstraat 36, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 550 08 11, Fax (32-2) 550 08 19;

— Cenelec: rue de Stassart/Stassartstraat 35, B-1050 Brüssel, Tel. (32-2) 519 68 71, Fax (32-2) 519 69 19;

— ETSI: 650, route des Lucioles, F-06921 Sophia Antipolis Cedex, Tel. (33-4) 92 94 42 00, Fax (33-4) 93 65 47 16.

Anmerkung 1: Im Allgemeinen wird das Datum der Beendigung der Anwendbarkeit das Datum der Zurückziehung sein („dow“), das von der Europäischen Normungsorganisation festgelegt wird, aber die Anwender dieser Normen werden darauf aufmerksam gemacht, dass dies in bestimmten Ausnahmefällen anders sein kann.

Mitteilung über das Außerkrafttreten bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(2002/C 242/07)

Da nach der Veröffentlichung einer Bekanntmachung über das bevorstehende Außerkrafttreten der nachstehend genannten Antidumpingmaßnahmen ⁽¹⁾ kein Antrag auf Überprüfung einging, gibt die Kommission bekannt, dass diese Maßnahmen in Kürze außer Kraft treten werden.

Diese Mitteilung ergeht gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽²⁾.

Die teilweise Interimsüberprüfung, die gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 eingeleitet wurde ⁽³⁾, um zu ermitteln, inwieweit die geltenden Maßnahmen in Fällen, in denen die Einfuhrwaren vor ihrer Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr beschädigt werden angemessen sind, wird dementsprechend eingestellt.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrland/-länder	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Zeitpunkt des Außerkrafttretens
Künstlicher Korund	Volksrepublik China	Zoll	Verordnung (EG) Nr. 1951/97 (ABl. L 276 vom 9.10.1997)	10.10.2002

⁽¹⁾ ABl. C 10 vom 12.1.2002, S. 2.

⁽²⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1; zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2238/2000 (ABl. L 257 vom 11.10.2000, S. 2).

⁽³⁾ ABl. C 140 vom 13.6.2002, S. 10.

EUROPÄISCHE STIFTUNG FÜR BERUFSBILDUNG

Europäische Stiftung nimmt Kodex für gute Verwaltungspraxis an

(2002/C 242/08)

Die Stiftung hat für ihren Publikumsverkehr einen Kodex für gute Verwaltungspraxis angenommen. Der vollständige Text kann bei folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.etf.eu.int>

II

(Vorbereitende Rechtsakte in Anwendung von Titel VI des Vertrags über die Europäische Union)

Initiative des Königreichs Belgien im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses des Rates über die Einrichtung eines Europäischen Netzes nationaler Kontaktstellen für opferorientierte Justiz

(2002/C 242/09)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 34 Absatz 2 Buchstabe c),

auf Initiative des Königreichs Belgien,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Empfehlung R(85) 11 des Ministerkomitees des Europarats vom 28. Juni 1985 über die Stellung des Opfers im Strafrecht und im Strafprozessrecht und dem Verfahren wird den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen, die möglichen Vorteile von Vermittlungs- und Schlichtungsverfahren zu prüfen.
- (2) In der Erklärung der Vereinten Nationen vom 29. November 1985 über Grundprinzipien der rechtmäßigen Behandlung von Verbrechenopfern und Opfern von Machtmissbrauch wird dazu aufgerufen, gegebenenfalls informelle Mechanismen für die Streitbeilegung, einschließlich Vermittlungs- und Schiedsverfahren und Verfahren der gängigen Rechtspflege oder der landesüblichen Praktiken zur Erleichterung der Schlichtung und der Wiedergutmachung, anzuwenden.
- (3) In der Empfehlung R(87) 21 des Ministerkomitees des Europarats vom 17. September 1987 über die Opferhilfe und die Verhütung der Viktimisierung wird den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen, auf nationaler oder örtlicher Ebene Versuchsprojekte im Bereich des Täter-Opfer-Ausgleichs zu fördern und die Ergebnisse mit besonderem Augenmerk darauf, inwieweit die Interessen des Opfers berücksichtigt werden, zu bewerten.
- (4) In den Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen von 1990 für nicht freiheitsentziehende Maßnahmen wird auf die Bedeutung einer stärkeren Beteiligung der Gesellschaft an der Handhabung der Strafrechtspflege sowie auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei den Tätern ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihren Opfern und der Gesellschaft insgesamt zu fördern.
- (5) Nach der Empfehlung R(92) 16 des Ministerkomitees des Europarats betreffend die Europäischen Vorschriften über Sanktionen und Maßnahmen im Rahmen der Gesellschaft stellen Sanktionen und Maßnahmen, die im Rahmen der Gesellschaft umgesetzt werden, eine wichtige Möglichkeit dar, die Kriminalität zu bekämpfen und die negativen Folgen von Freiheitsstrafen zu vermeiden.
- (6) Nach Nummer 19 des Aktionsplans von Wien sollten die Verfahrensvorschriften weitgehend die gleichen Garantien bieten, damit unterschiedliche Behandlungen je nach Gerichtsbarkeit vermieden werden.
- (7) In der Resolution 1999/26 des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1999 über die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Vermittlung und der opferorientierten Justiz bei der Strafrechtspflege werden die Staaten, internationale Organisationen und andere Gremien dazu aufgerufen, Informationen und Erfahrungen im Bereich der Vermittlung und der opferorientierten Justiz auszutauschen.
- (8) In der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Wirtschafts- und Sozialausschuss vom 14. Juli 1999 über Opfer von Straftaten in der Europäischen Union — Überlegungen zu Grundsätzen und Maßnahmen wird festgestellt, dass der Täter-Opfer-Ausgleich eine Alternativlösung für langwierige und entmutigende Strafverfahren sein könnte, die dem Opfer entgegenkommt und es ermöglicht, den Schaden auszugleichen oder das verlorene Eigentum außerhalb eines üblichen Strafverfahrens wiederzuerlangen.
- (9) In der Empfehlung R(99) 19 des Ministerkomitees des Europarats über die Vermittlung in Strafsachen sind die Grundsätze aufgeführt, die von den Mitgliedstaaten bei der Entwicklung der Vermittlung in Strafsachen zu berücksichtigen sind.
- (10) Unter Nummer 30 der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tampere) vom 15. und 16. Oktober 1999 heißt es, dass auch alternative außergerichtliche Verfahren von den Mitgliedstaaten geschaffen werden sollten.
- (11) In der Resolution 2000/14 des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen vom 27. Juli 2000 über die Grundprinzipien der Anwendung von Programmen der opferorientierten Justiz in Strafsachen werden die Staaten dazu aufgerufen, den Austausch von Informationen und Erfahrungen über Vermittlung und opferorientierte Justiz fortzusetzen.
- (12) In der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Juni 2000 zu der Mitteilung der Kommission über die Opfer von Straftaten in der Europäischen Union⁽¹⁾ wird die Bedeutung der Entwicklung der Rechte von Verbrechenopfern betont.

⁽¹⁾ ABl. C 67 vom 1.3.2001, S. 304.

- (13) In Artikel 10 des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI des Rates vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren⁽¹⁾ ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass die Schlichtung in Strafsachen im Falle von Straftaten, die sie für eine derartige Maßnahme für geeignet halten, gefördert wird und dass jede im Rahmen der Schlichtung in Strafsachen erreichte Vereinbarung zwischen Opfer und Täter im Strafverfahren berücksichtigt werden kann. Nach Artikel 17 des Rahmenbeschlusses setzen die Mitgliedstaaten die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dem genannten Artikel 10 bis zum 22. März 2006 nachzukommen.
- (14) Die Initiative der Französischen Republik und des Königreichs Schweden über die Einrichtung eines europäischen Netzes für die Kriminalitätsbekämpfung, die zu dem Beschluss 2001/427/JI⁽²⁾ geführt hat, sind ausgezeichnete Beispiele dafür, wie die Mitgliedstaaten auf einer stabilen Grundlage in bestimmten Themenbereichen zusammenarbeiten können. Die Aufnahme der Vermittlung bei Jugendlichen und der sozialen Vermittlung in das erste Arbeitsprogramm des Europäischen Netzes für Kriminalitätsbekämpfung zeigt, dass ein zunehmendes Interesse für alternative Wege in der Strafrechtspflege besteht.
- (15) Es ist jedoch hervorzuheben, dass die etwaigen Möglichkeiten der präventiven Vermittlung im Besonderen und der opferorientierten Justiz im Allgemeinen nur einen Aspekt des viel umfassenderen Konzepts der opferorientierten Justiz darstellen, das sich auf die Kriminalität, die Strafrechtspflege und die Strafverfahren insgesamt bezieht. Der Begriff „opferorientierte Justiz“ bezeichnet einen umfassenden Ansatz, bei dem die materielle und immaterielle Wiedergutmachung des gestörten Verhältnisses zwischen Opfer, Gesellschaft und Täter ein allgemeines Leitprinzip im Rahmen der Strafrechtspflege darstellt.
- (16) Bislang hat eine opferorientierte Justiz zwar hauptsächlich in verschiedenen Arten der Vermittlung zwischen Opfern und Tätern (Mediation Opfer — Täter) ihren Ausdruck gefunden, jedoch werden andere Methoden, beispielsweise Gesprächssitzungen zwischen Tätern und Betroffenen, zunehmend eingesetzt. An diesem Prozess sind die Regierungen, die Polizei, die Organe der Strafrechtspflege, spezialisierte Behörden, Stellen für Opferhilfe und -unterstützung, Hilfsstellen für Täter, Forscher und die Öffentlichkeit beteiligt.
- (17) Diese Initiative wurde im Benehmen mit dem europäischen Forum Täter-Opfer-Ausgleich und opferorientierte Justiz ergriffen, das eine Nichtregierungsorganisation im Bereich der opferorientierten Justiz ist —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Europäisches Netz nationaler Kontaktstellen für opferorientierte Justiz

- (1) Es wird ein europäisches Netz nationaler Kontaktstellen für opferorientierte Justiz (im Folgenden „Netz“ genannt) eingerichtet.

⁽¹⁾ ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 153 vom 8.6.2001, S. 1.

- (2) Ein Netz nationaler Vertreter sorgt für das ordnungsgemäße Funktionieren des Netzes gemäß diesem Beschluss.

Artikel 2

Geltungsbereich

Im Sinne dieses Beschlusses bezieht sich der Begriff „opferorientierte Justiz“ auf einen umfassenden Ansatz im Rahmen der Strafrechtspflege, bei dem den Bedürfnissen des Opfers Vorrang eingeräumt und der Schwerpunkt in einem positiven Sinne auf die Verantwortung des Täters gelegt wird, wobei er einen Komplex von Anregungen abdeckt, die für die verschiedenen Formen der Bestrafung und des Umgangs mit Konflikten auf den einzelnen Stufen der Strafrechtspflege oder in Verbindung damit von Bedeutung sind.

Artikel 3

Ziel des Netzes

Das Netz trägt zur Weiterentwicklung, Unterstützung und Förderung der verschiedenen Aspekte der opferorientierten Justiz innerhalb der Mitgliedstaaten sowie auf der Ebene der Europäischen Union bei. Ein wichtiges Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist die gesetzgeberische und logistische Unterstützung für die Organe der Strafrechtspflege.

Artikel 4

Aufgaben und Tätigkeiten

Der Verwirklichung des Ziels nach Artikel 3 dienen insbesondere die nachstehenden Aufgaben und Tätigkeiten des Netzes: Das Netz

- a) ist eine Informationsstelle. Zu diesem Zweck sammelt, analysiert und bewertet das Netz Informationen und Daten über die derzeitige Praxis im Bereich der opferorientierten Justiz und über deren Entwicklung in den Mitgliedstaaten, um zur Erarbeitung von Standards für bewährte Praktiken beizutragen und künftige nationale und europäische Initiativen zu unterstützen. Das Netz unterstützt auch den Rat und die Mitgliedstaaten mit Fragebogen zur Praxis im Bereich der opferorientierten Justiz;
- b) entwickelt Mechanismen zur Verteilung und Bereitstellung der vorstehend genannten Informationen und Daten für Behörden auf nationaler, regionaler, europäischer und internationaler Ebene sowie für andere staatliche oder nichtstaatliche Organisationen, Gruppen, Netze oder Foren, die im Bereich der opferorientierten Justiz tätig oder hieran interessiert sind;
- c) erleichtert den gegenseitigen Austausch von Informationen, Erfahrungen und Kontakten zwischen europäischen, regionalen, nationalen und örtlichen Behörden, Institutionen, Stellen, Gruppen, Netzen und Einzelpersonen, die mit Fragen der opferorientierten Justiz befasst sind;
- d) fördert die Forschung im Bereich der opferorientierten Justiz und trägt zu diesem Zweck zur Ermittlung und Entwicklung der wichtigsten Forschungsfelder im Bereich der opferorientierten Justiz bei;

- e) leistet einen Beitrag zur Ermittlung und Entwicklung der wichtigsten Ausbildungs- und Evaluierungsgebiete im Bereich der opferorientierten Justiz;
- f) veranstaltet Konferenzen, Seminare, Treffen und sonstige Tätigkeiten zur Förderung der Praxis im Bereich der opferorientierten Justiz und zur Förderung und Verbesserung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Praktiken;
- g) entwickelt die Zusammenarbeit mit Bewerberländern, Drittländern und internationalen Organisationen und Gremien;
- h) stellt seine Sachkenntnisse dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission erforderlichenfalls und auf deren Ersuchen zur Verfügung, um sie in allen Fragen der opferorientierten Justiz zu unterstützen;
- i) erstattet dem Rat jährlich — über die zuständigen Arbeitsgremien — Bericht über seine Tätigkeiten und gibt die prioritären Aktionsbereiche seines Arbeitsprogramms für das kommende Jahr an. Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis, billigt ihn und übermittelt ihn dem Europäischen Parlament.

Die konkrete Auslegung, Durchführung und Weiterentwicklung der in diesem Artikel genannten Aufgaben und Tätigkeiten sind von den freiwilligen Beiträgen in den Mitgliedstaaten abhängig.

Artikel 5

Zusammenarbeit

Da die Entwicklung der opferorientierten Justiz von der Sache her auf die Gesellschaft ausgerichtet ist und sich an der Basis vollzieht, widmet das Netz bei der Durchführung seiner Aufgaben und Tätigkeiten nach Artikel 4 der Zusammenarbeit und der Förderung des Austauschs mit Nichtregierungsorganisationen, die im Bereich der opferorientierten Justiz tätig sind, besondere Aufmerksamkeit. Damit das Netz diese Ziele auf möglichst effiziente und zweckdienliche Weise zu erfüllen vermag, kann es beschließen, auf das Know-how und die Erfahrung dieser im Bereich der opferorientierten Justiz tätigen Nichtregierungsorganisationen zurückzugreifen, und es kann sogar beschließen, in einer stärker strukturierten Weise zusammenzuarbeiten.

Artikel 6

Zusammensetzung des Netzes

- (1) Das Netz besteht aus Kontaktstellen, die von jedem Mitgliedstaat benannt werden. Die Europäische Kommission und die Beitrittsländer können ebenfalls eine Kontaktstelle benennen.
- (2) Jeder Mitgliedstaat benennt höchstens drei Kontaktstellen.

(3) Diesen Kontaktstellen gehört zumindest ein Vertreter der nationalen Behörden an, die für die opferorientierte Justiz in ihren unterschiedlichen Aspekten zuständig sind.

(4) Die Mitgliedstaaten können auch Forscher, Praktiker im Bereich der opferorientierten Justiz und sonstige Akteure im Bereich der opferorientierten Justiz als Kontaktstellen benennen.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Forscher, Praktiker im Bereich der opferorientierten Justiz und andere Akteure im Bereich der opferorientierten Justiz, wie beispielsweise örtliche Behörden und Nichtregierungsorganisationen, über die benannten Kontaktstellen mit einbezogen werden.

(6) Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür, dass die Kontaktstellen seines Landes über hinreichende Kenntnisse in mindestens einer weiteren Amtssprache der Europäischen Union verfügen, damit die praktische Arbeit des Netzes, insbesondere die Verbindungen zu den anderen Kontaktstellen, erleichtert wird.

Artikel 7

Arbeitsweise

(1) Das Netz tritt am ... zu seiner ersten Sitzung zusammen.

(2) Das Netz tritt mindestens einmal pro Halbjahr nach Einberufung durch den amtierenden Vorsitz des Rates zusammen. Ein Vertreter des Mitgliedstaats, der den Ratsvorsitz innehat, führt in der Sitzung der nationalen Vertreter des Netzes den Vorsitz.

(3) Das Netz kann beschließen, die Sekretariatsgeschäfte des Netzes einer nationalen Kontaktstelle zu übertragen.

(4) Die nationalen Vertreter des Netzes beschließen das Jahresprogramm des Netzes einschließlich eines Finanzplans. Sie bestimmen insbesondere Folgendes:

- die Bereiche, die im Hinblick auf entsprechende Maßnahmen vorrangig zu prüfen sind, und zwar unter Berücksichtigung der Artikel 10 und 17 des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI;
- die wichtigsten konkreten Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen (Konferenzen, Seminare, Forschungsprogramme, Aus- und Fortbildungsprogramme);
- die Schaffung, die Struktur und die Weiterentwicklung eines elektronischen Informationsaustauschsystems und einer Internetseite.

Die nationalen Vertreter erstellen ferner den Jahresbericht über die Tätigkeit des Netzes. Sie geben sich eine Geschäftsordnung, die einstimmig anzunehmen ist.

(5) Für die Finanzierung des Netzes kann ein Beschluss des Rates erforderlich sein.

Artikel 9

Dieser Beschluss wird am Tag seiner Annahme wirksam.

Artikel 8

Bewertung

Der Rat unterzieht die Tätigkeit und die Arbeitsweise des Netzes innerhalb von drei Jahren nach der Annahme dieses Beschlusses einer Bewertung.

Geschehen zu ...

Im Namen des Rates

Der Präsident

...

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Ergebnisse der Ausschreibungen (Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft)

(2002/C 242/10)

entsprechend Artikel 9 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 2519/97 der Kommission vom 16. Dezember 1997 über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1292/96 des Rates für die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften L 346 vom 17. Dezember 1997, S. 23)

10. September und 1. Oktober 2002

Verordnung Nr./ Beschluss vom	Los	Maßnahme Nr.	Begünstigter/ Bestimmungsland	Produkt	Menge (t)	Lieferstufe	Zuschlagsempfänger	Zuschlagspreis EUR/t
379/2002	B	294/01	EuronAid/Eritrea	HCOLZ	810	EMB	CEBAG BELGIUM NV — ANTWERPEN (B)	736,95
10.9.2002	A	373/01, 2002SSI004	EuronAid/. . .	SUB	104	EMB	n. a.	(¹)
	B	364/01	UNRWA/Libanon	SUB	64	DEST	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	355,00
	C	365/01	UNRWA/Syrien	SUB	64	DEB	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	356,00
	D	366/01	UNRWA/Jordanien	SUB	100	DEST	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	386,00
	E	367/01	UNRWA/Israel	SUB	42	DEB	MUTUAL AID ADM. SERVICES NV — ANTWERPEN (B)	349,00
1646/2002	A	370/01	EuronAid/Haiti	PISUM	637	EMB	n. a.	(¹)
1647/2002	A	375/01	WFP/Sierra Leone	SMAI	7 000	DEB	CER. FAR. SRL — PORDENONE (I)	281,75
	B	372/01	EuronAid/Haiti	CBL	1 197	EMB	EURICOM SPA — VERCELLI (I)	247,50
	C	371/01	EuronAid/Haiti	FBLT	220	EMB	UNITED BELGIAN MILLS NV — ANTWERPEN (B)	189,75

n. a.: Die Lieferung wurde nicht zugeschlagen.

(¹) Zweite Frist für die Angebotsabgabe: 15. Oktober 2002.

BLT:	Weichweizen	FABA:	Puffbohnen (<i>Vicia faba major</i>)	WSB:	Mischung aus Weizen und Soja
DUR:	Hartweizen	FEQ:	Pferdebohnen (<i>Vicia faba equina</i>)	Lsub1:	Säuglingsanfangsnahrung
ORG:	Gerste	PISUM:	Spalterbsen	Lsub2:	Folgenahrung
MAI:	Mais	SUB:	Weißzucker	LHE:	Milch mit hohem Energiewert
SEG:	Roggen	HCOLZ:	Rapsöl	AC:	Mischlebensmittel
SOR:	Sorghum	HTOUR:	Sonnenblumenöl	PAL:	Teigwaren
CBR/M/L:	Geschliffener rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis	HOLI:	Olivenöl	SAR:	Sardinenkonserven
RPR/M/L:	Rundkörniger, mittelkörniger oder langkörniger Reis, parboiled	HMAI:	Maisöl	CM:	Makrelenkonserven
BRI:	Bruchreis	HSOJA:	Sojaöl	CB:	Corne'd beef
FBLT:	Weichweizenmehl	LEP:	Magermilchpulver	BPJ:	Rindfleischkonserven
FMAI:	Maismehl	LEPv:	Mit Vitaminen angereichertes Magermilchpulver	PFB:	Rinderleberpaste
FSEG:	Roggenmehl	LDEP:	Halbentrahmtes Milchpulver	CP:	Schweinefleischkonserven
SDUR:	Hartweizengrieß	LENP:	Vollmilchpulver	PPF:	Schweineleberpastete
SMAI:	Maisgrieß	B:	Butter	CV:	Geflügelfleischkonserven
FHAF:	Haferflocken	BO:	Butteröl	DEST:	Frei Bestimmungsort
CT:	Tomatenmark	FETA:	Feta-Käse	DEB:	Frei Löschhafen — gelöscht
PT:	Tomatenpulver	FROF:	Schmelzkäse	DEN:	Frei Löschhafen — ungelöscht
COR:	Korinthen	BABYF:	Beikost-Erzeugnis auf der Basis von Getreide	EMB:	Frei Verschiffungshafen
		BISC:	Kekse	EXW:	Ab Werk